



POLITIK / REDAKTION

Libyen - die Kriegsparteien bleiben uneinsichtig ...

(SB) - Trotz aller Appelle der Vereinten Nationen und der Europäischen Union ist mit keinem baldigen Ende der Offensive zu rechnen, die am 4. April die Libysche Nationalarmee (LNA) um "Feldmarschall" Khalifa Hifter mit dem Ziel begonnen hat, die 2,5 Millionen Einwohner zählende Hauptstadt Tripolis einzunehmen. Dort residiert seit 2016 ... (S. 5)

POLITIK / KOMMENTAR

Abschiebegesetz - menschenfeindlich ...

(SB) - Daß Horst Seehofer in der Regierungsmannschaft immer noch nicht ausgewechselt worden ist und daher weiter auf Rechtsaußen spielen darf, scheint angesichts der verheerenden Turbulenzen in den Reihen der beiden ehemaligen Volksparteien nahezu in Vergessenheit ... (S. 7)

POLITIK / KOMMENTAR

Luftraum - imperiale Okkupation allgemein verfügbarer Ressourcen ...

(SB) - Während sich logistische Infrastrukturen in Gestalt konzentrierter Knoten wie Häfen, Landhäfen oder Datenzentren präsentieren, besteht ihre ... (S. 10)

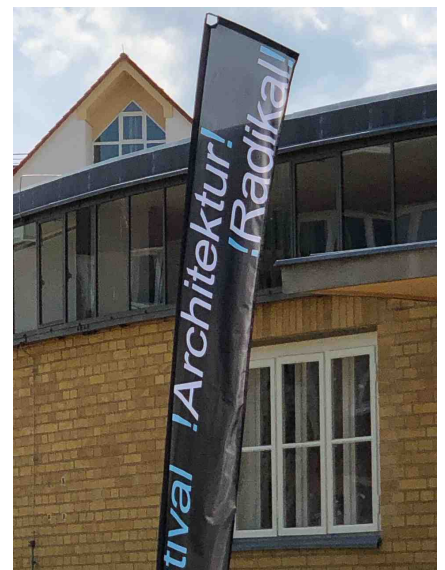
Bauhausarchitektur - der Blick des Volkes ...

"Es hat sich ausgeweimart, wir gehen jetzt dessauern!": Dessauer Bauhaus-Architektur zwischen sozialer Utopie und gesellschaftlicher Realität

Festival *!Architektur! !Radikal!* startet 100-Tage-Count-Down bis zur Eröffnung des Bauhaus-Museums Dessau

von *Christiane Baumann, Juni 2019*

(SB) 3. Juni 2019 - Wer kennt sie nicht, die Stahlrohrmöbel Marcel Breuers oder die berühmte Bauhaus-Kugelleuchte, kreiert von Wilhelm Wagenfeld und Carl Jakob Jucker, das Holzspielzeug von Alma Buscher, die klaren, schnörkellosen Formen der Bauhaus-Architektur. Der vor einhundert Jahren geborene Bauhaus-Stil ist heute Teil unseres Alltagslebens und vielfach Standard. Das Gestaltungsprinzip "Form folgt Funktion" hat sich durchgesetzt. Im Jubiläumsjahr machen Festivals, neue Museen und Ausstellungen gebündelt in einer bundesweiten "Grand Tour der Moderne" auf Leistungen der Bauhaus-Architekten und -Künstler aufmerksam und lassen dabei kaum Wünsche offen. Im April markierte die Eröffnung des neuen Bauhaus-Museums in Weimar, wo die Geschichte des Bauhauses ihren Anfang nahm, einen Höhepunkt. Nun hat Dessau mit



Festival Logo
Foto: © 2019 by
Christiane Baumann

dem Festival *!Architektur! !Radikal!* die heiße Phase des Jubiläumsjahres eingeläutet. Es sind noch einhundert Tage, bis auch dort ein neues Bauhaus-Museum mit der weltweit zweitgrößten Sammlung am 8. September seine Tore öffnet.

Bauhaus-Kunst war radikal, was sich in der Formensprache bis zur Typographie widerspiegelte. "warum groß schreiben, wenn man nicht groß sprechen kann?", stand ab 1925 auf den Briefbögen. Doch radikal war sie zuerst in ihrem gesellschaftlichen Anspruch, was häufig vergessen wird. Das Dessauer Festival *!Architektur! !Radikal!* rückte dies in den Fokus, indem es die Bauhausbauten als "Manifestationen einer sozial motivierten Idee" diskutierte und die sich daran knüpfenden Fragen in ihrer Aktualität für heutiges Planen und Bauen, für unser gesellschaftliches Miteinander sichtbar machte. Wenn Gropius 1924 anlässlich der Stuttgarter Bau-Ausstellung fragte: "Wie werden wir wohnen, wie werden wir siedeln, welche Formen des Gemeinwesens wollen wir erstreben?", dann zielt das ins Herz unserer Zeit.

Mit Dessau verbindet sich die "Hoch"-Zeit der Bauhaus-Protagonisten um Walter Gropius. Das dort von 1925 bis zur Schließung durch die Nationalsozialisten 1932 entstandene Gebäude-Ensemble machte Dessau bekannt und das Bauhaus zu einer international renommierten Pilgerstätte für moderne Architektur. Das "Aus" für das Bauhaus in Weimar wurde für Dessau zum Glücksfall, um den sich der dortige sozialdemokratische Bürgermeister Fritz Hesse allerdings hartnäckig bemüht hatte. Als nach den Wahlen in Thüringen am 10. Februar 1924 die rechtskonservativen Parteien, die sich im Thüringer Ordnungsbund zusammengeschlossen hatten, an die Macht kamen und dem Weimarer Bauhaus, dem kommunistische Ideen und Tendenzen anhafteten, sukzessive den Geld-

hahn zudrehten, war es der Dessauer Sozialdemokrat Hesse, der alle Hebel in Bewegung setzte, um das Bauhaus an die Mulde zu holen. "Es hat sich ausgeweimart, wir gehen jetzt dessauern!", frohlockte Lyonel Feininger, ein Bauhaus-Meister. Eine Million Deutsche Reichsmark stellte die Stadt für den Bau eines selbst entworfenen, 1926 eingeweihten Gebäudes zur Verfügung, das wir heute als "Bauhaus" kennen.



Bauhaus
Foto: © 2019 by
Christiane Baumann

Das Dessauer Bauhausgebäude setzte die Ideen des neuen Bauens konsequent um und wurde mit seiner funktionalen Anordnung, Konstruktion und sensationellen Glasfassade schnell zum Inbegriff der Moderne, ebenso die danach entstandenen Meisterhäuser, in denen neben Gropius die Bauhaus-Meister Paul Klee, Wassily Kandinsky, Lyonel Feininger, László Moholy-Nagy, Georg Muche und Os-

Gropiusbau
Foto: © 2019 by
Christiane Baumann



Meisterhäuser
Fotos: © 2019 by
Christiane Baumann



kar Schlemmer wohnten - eine einzigartige Konzentration von Avantgarde-Künstlern in einer kleinen Industriestadt.

Preiswerter Wohnraum, den sich auch Arbeiter leisten konnten, mit einer neuen Funktionalität und Hygiene war das Ergebnis.

tektur und Plastik und Malerei, der aus Millionen Händen der Handwerker einst gen Himmel steigen wird als kristallenes Sinnbild eines neuen kommenden Glaubens."



Stand in Weimar die Verbindung von Kunst und Handwerk auf der Agenda, so fanden nun Kunst und Technik zu einer neuen Symbiose. Mit dem Dessauer Arbeitsamt konnte Gropius einen modernen Verwaltungsbau realisieren, einen Rundbau, in dem die Architektur der Funktionalität diente. Dessau mit seinem industriellen Umfeld wie den Junkers-Werken oder auch dem Versandhandel Seiler machte die Verbindung von Architektur, Kunst und Design mit industrieller Produktion möglich. Die Stadt, die sich aufgrund des rasanten Anstiegs der Arbeiterschaft im Zuge der Industrialisierung vor schwierige soziale Fragen gestellt sah und dringend bezahlbaren Wohnraum benötigte, bot Gropius die Möglichkeit, mit der Siedlung Dessau-Törten Prinzipien des rationellen Bauens zu erproben, das Architektur und Bauen mit normierten, industriell vorgefertigten Teilen verband.

Arbeitsamt, Gropius-Bau
Foto: © 2019 by
Christiane Baumann

Sein von der Idee des Gesamtkunstwerkes geprägtes, sozial motiviertes Programm legte Gropius bereits im ersten Bauhaus-Manifest von 1919, unmittelbar nach dem Ende des Ersten Weltkriegs, nieder:

"Architekten, Bildhauer, Maler, wir alle müssen zum Handwerk! Denn es gibt keine 'Kunst von Beruf'. Es gibt keinen Wesensunterschied zwischen dem Künstler und dem Handwerker [...] Bilden wir also eine neue Zunft der Handwerker ohne die klassentrennende Anmaßung, die eine hochmütige Mauer zwischen Handwerkern und Künstlern errichten wollte! Wollen, erdenken, erschaffen wir gemeinsam den neuen Bau der Zukunft, der alles in einer Gestalt sein wird: Archi-

Ziel war die Verbindung von Kunst und Volk, eine Kunst für das Volk. Am Bauhaus gab es folglich keine "Professoren" als Lehrende, sondern, den mittelalterlichen Dombauhütten nachempfunden, "Meister", Handwerker, Gesellen und Werkstätten. Auf dem Titelblatt des Manifests prangte Lyonel Feiningers Holzschnitt Kathedrale, der auf die gotische Dom-Baukunst Bezug nahm. Dieses Werk, häufig auch "Kathedrale des Sozialismus" genannt, symbolisierte die Einheit der Künste wie auch eine starke Gemeinschaft. Nach den Schrecken des Krieges bestimmte die Hoffnung auf Weltverbesserung und der Wunsch, für den "neuen Menschen" zu wirken, das Denken vieler Künstler. Walter Gropius wie auch der dritte und letzte Bauhaus-Direktor Ludwig Mies van der Rohe gehörten zur *Novembergruppe*, einer im Dezember 1918 im Reflex auf die Novemberrevolution in Deutschland gegründeten Künstlervereinigung, die gesellschaftliche Veränderungen anstrebte. *Menschheitsdämmerung* nannte Kurt Pinthus 1919 seine berühmt gewordene expressionistische Anthologie, der ein sozial-utopisches Moment eingeschrieben war. Im gleichen Jahr fanden sich in Magdeburg bildende Künstler, Schriftsteller und Musiker in der Künstlervereinigung *Die Kugel* zusammen und hofften auf die "Erweckung einer neuen Menschheit".



Bauhaus Verbinder
Foto: © 2019 by
Christiane Baumann

Diese "Erweckung" wurde auch am Bauhaus unterschiedlich gedacht, verlief widersprüchlich und führte zu Konflikten und Brüchen. So versammelten sich in Weimar unter dem Dach des Bauhauses Anhänger sozialistischer, anarchistischer, lebensreformerischer und esoterischer Ideen. Zahlreichen Frauen wurde, gemäß dem propagierten Gleichheitsgrundsatz, der Weg in die Werkstätten eröffnet. Doch das gängige patriarchalische Korsett führte auch im Bauhaus sehr schnell zur Erneuerung alter Geschlechterstereotype. Nur wenigen Frauen, darunter Marianne Brandt und Alma Buscher, gelang es, sich in der Metall- bzw. Möbelwerkstatt zu behaupten und nicht in die Weberei abgeschoben zu werden. Doch bei aller Widersprüchlichkeit und Heterogenität zielte die Bauhaus-Idee immer auf soziale Wirksamkeit. Eine Dessauer Führung, die "unsichtbare Bauhausorte" in Erinnerung ruft, nimmt diese gesellschaftliche Rol-

le in den Blick. Das Wirken der Bauhaus-Künstler beim Siedlungsbau Dessau-Törten, ihre Zusammenarbeit mit rund einhundert Dessauer Firmen, ihre Interieur- und Fassadengestaltungen sowie Theateraufführungen bis zu den Galerien, die in den 1920er Jahren Bilder von Feininger, Klee und Kandinsky kauften und ausstellten, dazu vierzehn Bauhausbücher und die Zeitschrift *bauhaus* - überall lassen sich im öffentlichen Raum Spuren ausmachen.

Nach dem Rücktritt von Walter Gropius als Bauhausdirektor Anfang 1928 übernahm der Schweizer Architekt Hannes Meyer für drei Jahre das Amt. Erstaunlicherweise ist von ihm nur wenig bekannt, was auf seine politische Haltung zurückzuführen ist. Aus Meyers Sicht hatte sich das Bauhaus von seinen einstigen Idealen entfernt. Er leitete eine umfassende Reform der Werkstätten ein. Meyers Neuausrichtung des Bauhauses folgte dem Grundsatz "Volksbedarf statt Luxusbedarf". Das Bauhaus sollte für den "Volksbedarf", für den Arbeiter, modell-

haft wirken. Sein Ziel war es beispielsweise, Standardmöbel zu entwerfen, die in Serie gefertigt, für breite Bevölkerungsschichten bezahlbar waren. In einer Musterwohnung, der "Volkswohnung", wurde dieser soziale Ansatz seines gestalterischen Konzepts realisiert. Diese Politisierung und sein Bekenntnis zu marxistischen Positionen sowie das Erstarken der kommunistischen Studierenden am Bauhaus, deren Aktivitäten Meyer nicht unterband, führten schließlich 1930 zu seiner Entlassung. Aber auch der Amtsnachfolger Mies van der Rohe, der Meyers Reformkonzept radikal zurückdrehte und für ein "unpolitisches Bauhaus" eintreten sollte, konnte die Hochschule nicht retten. Nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten auf Kommunal- und Landesebene wurde im August 1932 die Schließung des Bauhauses in Dessau besiegelt. Angebote aus den noch sozialdemokratisch regierten Städten Magdeburg und Leipzig zog Mies van der Rohe nicht in Erwägung, da er das Bauhaus in Berlin als private Schule führen wollte, doch auch diese Bemühungen vereitelten die Nazis, so dass sich die Hochschule am 19. Juli 1932 auflöste.

Die Bauhaus-Idee, aus der sozialen Katastrophe eines Krieges geboren, vernichtete der aufziehende Nationalsozialismus, der direkt in den nächsten Weltkrieg führte. Werke zahlreicher Bauhaus-Protagonisten, darunter Lyonel Feininger, Wassily Kandinsky, Paul Klee und Oskar Schlemmer, galten schon bald in Nazideutschland als "entartete Kunst". Ein Besuch der einzigartigen Bauhaus-Stätten in Dessau kann unser Bewusstsein für diese politischen Kontexte und unsere Geschichte schärfen.

Zitate aus:

bauhaus-archiv berlin u.
magdalena droste:
bauhaus 1919-1933
TASCHEN
BIBLIOTHECA
UNIVERSALIS
2019
549 Seiten,
15,00 Euro,
ISBN: 978-3-8365-6551-6

Mehr Informationen:

100 Jahre Bauhaus
artspezial

Das Sonderheft zum Jubiläum
2019

www.bauhaus100.de



Bauhaus Glasfassade (Atelierteil)

Foto: © 2019 by Christiane Baumann

<http://www.schattenblick.de/infopool/kunst/report/kurb0061.html>

POLITIK / REDAKTION / NAHOST

Libyen - die Kriegsparteien bleiben uneinsichtig ...

(SB) 3. Juni 2019 - Trotz aller Appelle der Vereinten Nationen und der Europäischen Union ist mit keinem baldigen Ende der Offensive zu rechnen, die am 4. April die Libysche Nationalarmee (LNA) um "Feldmarschall" Khalifa Hifter mit dem Ziel begonnen hat, die 2,5 Millionen Einwohner zählende Hauptstadt Tripolis einzunehmen. Dort residiert seit 2016 die international anerkannte Regierung der Nationalen Einheit (Government of National Accord - GNA) um Premierminister Fayiz Al Saradsch, die ihre Macht mit meh-

rerer "islamistischen" Milizen teilt. Bei den Kämpfen sind bislang mehr als 600 Menschen ums Leben gekommen. Weitere 75.000 Personen, hauptsächlich aus den östlichen und südlichen Vororten von Tripolis, sind von dem Granaten- und Kugelhagel in die Flucht geschlagen worden.

Bei einem Treffen mit dem französischen Präsidenten Emmanuel Macron am 22. Mai im Élysée-Palast zu Paris hat Hifter der Idee einer Feuerpause eine eindeutige Absage erteilt. Frankreich gilt neben Ägypten, Saudi-

Arabien und den Vereinigten Arabischen Emiraten (VAE) als Verbündeter Hifters. Französische Fremdenlegionäre oder Söldner sind in den letzten Wochen am Südrand von Tripolis an der Seite der LNA gesichtet worden. In einem Interview mit der Zeitung Le Journal du Dimanche, das am 24. Mai erschienen ist, hat Hifter die Gründe für die Fortsetzung der Tripolis-Offensive erläutert. Ihm zufolge haben insgesamt sechs Verhandlungsrunden zwischen der GNA und dem rivalisierenden House of Representatives

(HoR) im östlichen Tobruk, das sich auf die LNA stützt, nichts gebracht, weil Premierminister Al Sarradsch nur eine Marionette sei. "Bei der letzten Verhandlungsrunde habe ich erkannt, daß er nicht derjenige ist, der die Entscheidungen trifft. Natürlich bleibt eine politische Lösung das Ziel. Doch um die Politik wieder in Gang zu bringen, müssen wir mit den Milizen aufräumen", so Hifter.

Ganz aus der Luft gegriffen sind die Vorwürfe des ehemaligen Gewährsmanns und späteren Todfeinds Muammar Gaddhafis nicht. Am 18. Mai haben die Streitkräfte, welche Tripolis vor der Einnahme durch die LNA verteidigen, per Schiff eine größere Lieferung schwerer Rüstungsgüter erhalten. Mehrere Nachrichtenagenturen, darunter Reuters und die Associated Press, haben Bilder der umfangreichen Entladeaktion am Hafen von Tripolis veröffentlicht. Zu den gelieferten Waffen gehörten rund 40 nagelneue Panzerfahrzeuge aus der Türkei sowie unzählige Kisten voller Munition, Maschinengewehre, Scharfschützengewehre sowie Anti-Panzer- und Boden-Luft-Raketen. Innerhalb weniger Stunden haben einige Milizen auf ihren Facebook-Seiten Selfies der eigenen Kämpfer gezeigt, die stolz das neue Kriegsgerät in die Kamera hielten.

Auf der Website der GNA hieß es, die Farradsch-Regierung stelle ihren "Streitkräften" die nötigen Waffen zur Verfügung, um Tripolis zu verteidigen sowie "in Vorbereitung auf eine massive Operation zur Vernichtung der Rebellen um den Kriegsver-

brecher Hifter". Tatsächlich wurde das Frachtschiff Amazon, das unter der Flagge Moldawiens in den Hafen von Tripolis eingelaufen war, von Mitgliedern der Al-Samoud-Miliz empfangen und entladen. Wegen der Teilnahme an schweren Kämpfen in Tripolis im vergangenen August und September war der Chef der Al-Samoud-Miliz auf die UN-Sanktionsliste gesetzt worden. Offiziell ist ganz Libyen ohnehin seit dem Aufstand gegen Gaddhafi 2011 mit einem UN-Waffenembargo belegt, um das sich offenbar die Unterstützer der GNA und Hifters LNA wenig scheren.

In einem Bericht, der am 19. Mai vom saudischen Nachrichtensender Al Arabiya auf seiner Homepage veröffentlicht wurde, hieß es, die große Waffenlieferung an die GNA sei von Innenminister Fathi Bashagha bei einem "längeren Besuch in Ankara" Anfang Mai eingefädelt worden. Bashagha ist zudem Gründer der schlagkräftigen und kampferprobten Marsa-Brigade der Stadt Misurata und wird von Al Arabiya als die "eigentliche Macht" hinter Al Sarradsch genannt. Wegen des Gewaltausbruchs unter den Milizen in Tripolis Ende vergangenen Sommers, der 120 Menschen, die meisten von ihnen Zivilisten, das Leben kostete, steht auch Bashagha namentlich auf der UN-Sanktionsliste. Für die Richtigkeit der These, daß Hifter mit seiner Offensive viele Milizen gegen sich zusammenschweißt, die sich normalerweise spinnefeind sind, spricht die Angabe von Al Arabiya, wonach am 18. Mai bei Kämpfen für die GNA gegen die

LNA Zaid Balaem, führender Kommandeur der Ansar Al Scharia und zuletzt Mitglied des Schura-Rats von Benghazi, verletzt wurde.

Am 28. Mai legte der katarische Nachrichtensender Al Jazeera - Katar gilt neben der Türkei als wichtigster Verbündeter der GNA - Satellitenbilder, Standfotos und schriftliche Dokumente vor, die wiederum schwerwiegende Verstöße von Hifters Förderern gegen das UN-Waffenembargo belegten. Bei dem Material handelt es sich um die Flugdaten zweier Transportmaschinen vom Typ Ilyushin-76, welche dem emiratisch-kasachischen Unternehmen Reem Travel gehören und Anfang Mai mehrere Flüge zwischen Ägypten, Israel und Jordanien durchführten, bis sie schließlich auf von der LNA kontrollierten Militärstützpunkten im Osten und Süden Libyens landeten und größere Mengen Waffen und Munition entluden. Die Aktion fand unmittelbar vor Beginn des Sturmangriffs der LNA auf Tripolis statt. Beide Maschinen hatten ihre Transponder ausgeschaltet, kurz bevor sie den libyschen Luftraum erreichten. In einem Videomitschnitt ist die eine IL-76-Maschine mit der Registrierungsnummer UP-I7645 kurz nach der Landung auf dem südlibyschen Fliegerhorst Tamanhand zu sehen. Sie soll nach einer Zwischenlandung in Benghazi dorthin geflogen sein.

<http://www.schattenblick.de/infopool/politik/redakt/nhst1671.html>

Abschiebegesetz - menschenfeindlich ...

Sollte dieses Gesetz in Kraft treten, werden Zehntausende in Deutschland permanent in Angst vor Haft und vor Abschiebung in einem Zustand der Perspektivlosigkeit leben. Aus dem offenen Brief gegen das geplante Abschiebengesetz [1]

(SB) 3. Juni 2019 - Daß Horst Seehofer in der Regierungsmannschaft immer noch nicht ausgewechselt worden ist und daher weiter auf Rechtsaußen spielen darf, scheint angesichts der verheerenden Turbulenzen in den Reihen der beiden ehemaligen Volksparteien nahezu in Vergessenheit geraten zu sein. Vielleicht hat er sich mit seiner Ankündigung, er werde bald selber das Handtuch werfen, so weit aus der Schußlinie tagespolitischer Anwürfe gebracht, daß man den Bundesinnenminister bereits für eine bloße Fußnote unrühmlicher deutscher Geschichte hält. Er hat jedoch dem Parlament als Abschiedsgeschenk oder Vermächtnis ein Kuckucksei ins Nest gelegt, das besser nicht ausgebrütet werden sollte. Dem Ansinnen Seehofers mit einer Mehrheit im Bundestag einen Riegel vorzuschieben, wäre schon deshalb geboten, um den verhängnisvollen Marsch nach rechts endlich auszubremsen, der nur zur Stärkung jener Kräfte führen kann, die dort längst ihr Unwesen treiben. Es steht jedoch zu befürchten, daß der ministerielle Griff in die Werkzeugkiste repressiven Umbaus der Gesellschaft keineswegs an seine Person gebunden, sondern Ausdruck weitreichender administrativer Zwangsentwürfe ist, die nun mit den Stimmen der Koalition durchgewunken zu werden drohen.

Mitte Mai debattierte der Bundestag in Erster Lesung darüber, heute fand im Innenausschuß eine öffentliche Anhörung zum Entwurf des "Geordnete-Rückkehr-Gesetzes" statt, mit dem Horst Seehofer das Abschieberecht massiv verschärfen will. Nach den Plänen des Bundesinnenministers soll auf diesem Wege die Ausreisepflicht von abgelehnten Asylbewerbern konsequenter durchgesetzt werden, wofür die Verletzung verfassungsrechtlicher Grenzen und europaweit geltender Menschenrechtsstandards in Kauf genommen wird. Dagegen hat sich ein Bündnis von 22 zivilgesellschaftlichen Organisationen gebildet, das die Abgeordneten des Bundestags in einem offenen Brief auffordert, dieses Gesetz nicht zu verabschieden. Es würde viele Flüchtlinge "dauerhaft von der Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ausgrenzen, sie unverhältnismäßigen Sanktionen und einer uferlosen Ausweitung der Haftgründe aussetzen", heißt es darin.

"Sollte dieses Gesetz in Kraft treten, werden Zehntausende in Deutschland permanent in Angst vor Haft und vor Abschiebung in einem Zustand der Perspektivlosigkeit leben", warnen Organisationen wie die Diakonie, Amnesty International, Pro Asyl, das Deutsche Kinderhilfswerk und der Paritätische Gesamtverband.

Auch ein Migrationsexperte der mitregierenden SPD kritisiert die Pläne des Innenministeriums: "Wir teilen als Expertengremium der SPD die Kritik der Verbände", so der Bundesvorsitzende der Arbeitsgemeinschaft Migration und Vielfalt in der SPD, Aziz Bozkurt. Das Vorhaben sei verfassungsrechtlich höchst bedenklich und menschenunwürdig: "Die Schweinereien in diesem Gesetz sind nah am Niveau des sogenannten Asylkompromisses von 1992, wo sich die SPD auch hat von Rechten treiben lassen. Das darf sich nicht wiederholen." Aufgabe der Sozialdemokratie sei "das Bekämpfen der menschenfeindlichen Politik der Rechten und nicht das Kopieren dessen", unterstreicht Bozkurt.

Die Menschenrechtskommissarin des Europarates hat Teile des Gesetzes gerügt. Sie sehe es mit Besorgnis, daß Informationen über Abschiebungen künftig als "Staatsgeheimnisse" eingestuft werden könnten, erklärte Dunja Mijatovic in einem Brief an die Vorsitzende des Innenausschusses im Bundestag, Andrea Lindholz (CSU). Die aktuelle Formulierung des Gesetzentwurfs habe das Potential, Tätigkeiten von Nichtregierungs- und zivilen Organisationen zu kriminalisieren. Ihnen könnte nach Einschätzung von Mijatovic eine rechtliche Verfolgung wegen Beihilfe dro-

hen, sollten sie etwa Details wie den Zeitpunkt einer geplanten Rückführung weitergeben. [2]

Was sieht Seehofers Gesetzentwurf im einzelnen vor? In Deutschland gelten 240.000 Menschen als ausreisepflichtig, sie haben also keinen Status, der ihnen ein Bleiben erlaubt. 184.000 davon sind geduldet, meist weil Papiere fehlen, die für eine Abschiebung notwendig sind. Das soll geändert werden, indem Ausländer künftig bei der Beschaffung der Papiere verstärkt mithelfen müssen, wozu sie notfalls in Haft genommen werden können. Bislang bekommen ausreisepflichtige Ausländer, die keine Papiere haben, automatisch eine Duldung. Sind sie aus Sicht der Behörden jedoch selbst schuld daran, indem sie etwa bei der Beschaffung eines Passes nicht mitwirken, sollen sie künftig einen Sonderstatus erhalten, nämlich die "Duldung für Personen mit ungeklärter Identität". Damit ist eine Wohnsitzauflage und ein Beschäftigungsverbot verbunden. Das hat vor allem auch für langjährig Geduldete Folgen, die bislang unter bestimmten Voraussetzungen nach acht Jahren Aufenthalt ein Bleiberecht in Deutschland bekommen können: Die Zeit im Status der Sonderduldung, von Flüchtlingsorganisationen als "Duldung light" kritisiert, soll bei dieser Regelung nicht angerechnet werden können. Die Betroffenen hätten also keine Chance, in einen legalen Status hineinzuwachsen.

Um Ausländer zur Mitwirkung bei der Paßbeschaffung zu zwingen, wird eine neue Haftform eingeführt: die Mitwirkungshaft. Für maximal 14 Tage könnten damit

Menschen, die Botschaftstermine in der Vergangenheit nicht wahrgenommen haben, zu einer Anhörung in der Vertretung ihres Heimatlandes gezwungen werden. Ausgenommen sind Menschen im Asylverfahren und Asylberechtigte, denen der Kontakt zum Staat, in dem ihnen Verfolgung droht, nicht zugemutet werden soll. Insgesamt sieht der Gesetzentwurf eine Absenkung der Hürden für die Haft vor. So soll eine Änderung der Voraussetzungen für eine angenommene Fluchtgefahr dafür sorgen, daß die Haft leichter durchgesetzt werden kann. Zudem sollen Asylbewerber, für deren Verfahren ein anderer EU-Staat zuständig ist, leichter inhaftiert werden können.

Nach einem Urteil des Europäischen Gerichtshofs aus dem Jahr 2014 müssen Abschiebehaftlinge getrennt von regulären Strafgefangenen untergebracht werden. Weil es in den Ländern jedoch an Plätzen in der Abschiebehaft mangelt, sieht das Gesetz eine dreijährige Aussetzung dieses Trennungsgebotes vor. Der Gesetzentwurf beinhaltet nun eine Erhöhung der Zahl von bundesweit derzeit 487 Abschiebehaftplätzen auf maximal 1000, was mit einer "außergewöhnlichen Situation" durch die seit 2015 gestiegene Zahl der Asylbewerber begründet wird. Im offenen Brief werden grundsätzliche rechtliche Bedenken geltend gemacht: Abschiebehaft sei keine Strafhaft und dürfe deshalb nur in getrennten Einrichtungen erfolgen. Daß zusätzlich 500 Abschiebehaftplätze in normalen Gefängnissen geschaffen werden sollen, widerspreche den Vorgaben des Europäischen Gerichtshofs, der eine Trennung vorschreibe.

Rund 25.600 Abschiebungen im Jahr 2018 standen fast 31.000 gescheiterte Abschiebeversuche gegenüber. In der überwiegenden Zahl der Fälle hat die Polizei die Menschen nicht angetroffen, weil diese vielleicht vom Termin erfahren hatten. Seehofer will gesetzlich klarstellen lassen, daß Angaben zu Termin und Ablauf von Abschiebungen Dienstgeheimnisse sind, bei deren Weitergabe sich Amtsträger strafbar machen. Damit wird die Beihilfe und Anstiftung ebenfalls strafbar, was Flüchtlingsorganisationen treffen könnte, die Behördenmitarbeiter um die Herausgabe der Termine bitten.

Und nicht zuletzt sollen Flüchtlinge, die nicht an der Feststellung ihrer Identität mitwirken, künftig weniger Sozialleistungen erhalten. Der Entwurf sieht eine komplette Streichung der Hilfen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz für Flüchtlinge vor, für die ein anderer EU-Staat zuständig ist. Sie sollen nur noch Überbrückungsleistungen für einen Zeitraum von zwei Wochen erhalten. Die Kürzung von Sozialleistungen träfe demnach auch Flüchtlinge, die noch im Gerichtsverfahren stecken oder bei denen unklar ist, ob ihnen etwa in Italien oder Bulgarien menschenunwürdige Bedingungen drohen. [3]

Massive Kritik von unerwarteter Seite an dem Gesetzentwurf, er zielt auf Ausgrenzung ab und verletze Grund- und Menschenrechte, übt selbst die Gewerkschaft der Polizei (GdP). Die mit 190.000 Mitgliedern größte der Polizeigewerkschaften warnt insbesondere vor einem Anstieg der Kriminalität. Wie bereits er-

wähnt, sollen Seehofers Entwurf zufolge Flüchtlinge, die bereits in einem anderen EU-Staat Schutz erhalten haben, sich aber trotzdem in Deutschland aufhalten, hier nach zwei Wochen gar keine staatliche Hilfe erhalten, auch nicht das Geld, das sonst zur Sicherung des Existenzminimums vorgeschrieben ist. Damit will die Regierung die Betroffenen zur Ausreise zwingen. Sollten sie trotzdem bleiben, so erwartet die GdP, werde die Regelung "unweigerlich zur Steigerung der Kriminalität" führen, und zwar "zur Sicherung des Lebensunterhalts".

Zudem kritisiert die GdP, daß aus staatlicher Sicht künftig die Abschiebung eines Straftäters wichtiger als dessen Strafverfolgung in Deutschland sein soll. Dies widerspreche nicht nur dem Interesse der Öffentlichkeit an einer Ahndung der Taten, es laufe auch dem der Opfer zuwider. Den Opfern von Körperverletzung, Diebstahl oder Betrug werde jede Möglichkeit genommen, "Sühne für das Erlittene zu erlangen". Ein Täter-Opfer-Ausgleich erübrige sich ebenso wie eine Nebenklage, wenn der Täter erst einmal abgeschoben sei.

Die Polizeigewerkschaft spricht sich zudem dagegen aus, Flüchtlinge schon dann zu sanktionieren, wenn nur der Verdacht einer schweren Straftat besteht. Dies ist bei subsidiär Schutzberechtigten, also etwa Kriegsflüchtlingen, vorgesehen: Bei ihnen soll kein rechtskräftiges Urteil abgewartet werden. Sie sollen bereits bei Annahme einer schweren Straftat ausgewiesen werden dürfen. Dies widerspreche dem Prinzip der Unschuldsvermutung und dem

Anspruch auf einen Richter, kritisiert die GdP. [4]

Wenngleich man die Prioritäten der Polizeigewerkschaft hinsichtlich der Strafverfolgung nicht teilen muß, zeugt deren klare Positionierung gegen den Gesetzentwurf doch von einem massiven Unbehagen weit über den Kreis der Organisationen hinaus, die sich der Unterstützung von Flüchtlingen verschrieben haben. Der Abbau von Grund- und Menschenrechten beginnt häufig bei asylsuchenden Personen, die als schwächste Bevölkerungsgruppe solchen Angriffen am schutzlosesten ausgeliefert sind, endet aber nicht bei ihnen. Einmal in Gang gesetzt, dreht sich das Rad der Repression immer schneller. Ob es tatsächlich so unaufhaltsam ist, wie seine wachsende Wucht nahelegt, stellt sich indessen erst dann heraus, wenn ihm ein Knüppel zwischen die Speichen gehalten wird.

Anmerkungen:

[1] www.tagesschau.de/inland/kritik-abschiebegesetz-101.html

[2] www.spiegel.de/politik/deutschland/horst-seehofer-offener-brief-kritisiert-geplantes-abschiebegesetz-a-1270046.html

[3] www.tagesschau.de/inland/hintergrund-geordnete-rueckkehr-101~_origin-a47cf6d8-368a-47ce-baaf-c49d4c98ccf9.html

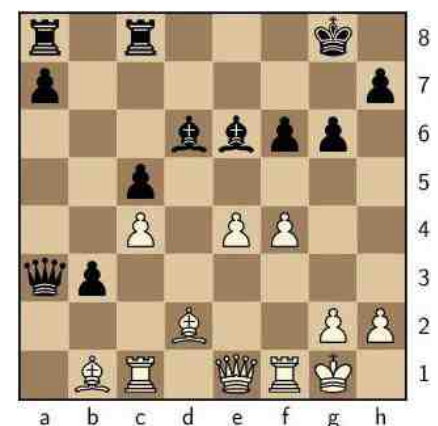
[4] www.sueddeutsche.de/politik/fluechtlinge-22-organisationen-gegen-seehofer-1.4469930

<http://www.schattenblick.de/infopool/politik/kommen/repr1643.html>

SCHACH - SPHINX

Noch ruht alles in Harmonie

(SB) - Voller Stolz dachte Schwarz bei sich, wie gut, daß ich einen Bauern mehr habe und noch dazu einen Freibauern auf b3. Wie eine Bastion standen auch seine beiden Läufer in der Mitte, das Zentrum befand sich zwar in einem labilen Gleichgewicht, schien jedoch soweit ausbalanciert zu sein. Sorgen machte er sich keine. Warum auch, standen die weißen Figuren doch weit zurückgedrängt auf der ersten und zweiten Reihe! Ach, wie groß war sein Irrtum und betrogener Glaube. Daß Balancen eine recht tückische Angelegenheit sind, wie auch Figuren zuweilen plötzlich eine vernichtende Fernwirkung ausüben können, diesen Instinkt vernachlässigte er im heutigen Rätsel der Sphinx auf eine derart gründliche Weise, daß der Anziehende diese Unachtsamkeit zu einem dauerhaften Vorteil ummünzte und im Nu unumkehrbare Verhältnisse für seinen Sieg schuf. Also, Wanderer, noch ruht alles in beschaulicher Harmonie, aber am Horizont tauchten bald schon Gewitterwolken auf.



Niklasson - Holst
Stockholm 1980

Fortsetzung Seite 32

Luftraum - imperiale Okkupation allgemein verfügbarer Ressourcen ...

Während sich logistische Infrastrukturen in Gestalt konzentrierter Knoten wie Häfen, Landhäfen oder Datenzentren präsentieren, besteht ihre Wirklichkeit in einer verteilten und resilienten Form von Macht, die Ungleichgewichte und spezifische Ausbeutungsbedingungen in Wert setzt und reproduziert. Während logistische Infrastrukturen eine Welt der Unternehmen mit selektiven Grenzen zelebrieren, müssen wir eine transnationale politische Kommunikation herstellen, mit der Forderungen erhoben werden, die der fortwährenden Mobilität von MigrantInnen in Europa und darüber hinaus entsprechen.

Logistics, Power, Strike: Elements for the Political Infrastructure[1]

(SB) 3. Juni 2019 - Während sich logistische Infrastrukturen in Gestalt konzentrierter Knoten wie Häfen, Landhäfen oder Datenzentren präsentieren, besteht ihre Wirklichkeit in einer verteilten und resilienten Form von Macht, die Ungleichgewichte und spezifische Ausbeutungsbedingungen in Wert setzt und reproduziert. Während logistische Infrastrukturen eine Welt der Unternehmen mit selektiven Grenzen zelebrieren, müssen wir eine transnationale politische Kommunikation herstellen, mit der Forderungen erhoben werden, die der fortwährenden Mobilität von MigrantInnen in Europa und darüber hinaus entsprechen.

Logistics, Power, Strike: Elements for the Political Infrastructure[1]

Der in der EU offiziell erhobene Anspruch auf die freie Bewegung von Personen endet an den Außengrenzen des Staatenbundes und ist ohnehin nur gültig im Kontext der sogenannten Grundfreiheiten des europäischen Binnenmarktes. Allein zur Erfüllung von Sinn und Zweck des freien Verkehrs von Waren, Dienstleistungen und Kapital ist die Ein-

wanderung in die EU legitim und erwünscht. Besonders augenfällig wird dies in der Unterscheidung des Reisens auf geographisch vertikaler Achse - von der EU ausgehenden Flugreisen steht die Welt offen, wer sie zu Fuß in Richtung EU erschließen will, ist mit einem selektiven Grenzregime konfrontiert, das flüchtende Menschen abwehrt und eventuell gewährten Zutritt an den potentiellen ökonomischen Nutzen der MigrantInnen bindet.

Dieses Mißverhältnis gründet im Kern auf dem Interesse an der Ausbeutung von Arbeit im Rahmen einer weltweiten Logistik, die die Produktivitätsunterschiede der verschiedenen Länder und Regionen als Hebel der Kapitalakkumulation einsetzt. Um Geschäfte in aller Welt machen zu können, ist der freie Flugverkehr unentbehrlich, denn vieles läßt sich nicht mit elektronischer Datenkommunikation organisieren. Zudem befürchten Unternehmen, die in einem stark umkämpften Markt agieren, auf diesem Wege von der Konkurrenz ausspioniert zu werden. Der imperiale Anspruch auf Kapitalverwertung an jedem Ort zu jeder Zeit und zu

möglichst selbstgewählten Bedingungen wird durch die physische Präsenz der transnationalen Managerklasse und ihrer temporären Residenz in einer der Global Cities unterstrichen, die nur per Flugzeug und einer auf die Flughäfen ausgerichteten Logistik der Straßen und Verkehrsmittel schnell und sicher zu erreichen sind.

Ohne dies wäre die Ausübung des Kommandos über die Billigarbeit in den Ländern des Südens ein weit zeitaufwendigerer und mit höheren Kontrollverlusten behafteter Teil der Verwertung lebendiger Arbeit. Verfügten die Menschen, die aus Mangel an Eigentum und Produktionsmitteln ihre Arbeitskraft verkaufen müssen, über ein entsprechendes System global vernetzter Infrastruktur, mit dem dafür gesorgt werden könnte, daß Arbeitskämpfe und Streiks auf transnationaler Basis Wirkung entfalten, dann wäre das Gefälle zwischen den Standorten nicht ganz so steil. Die zwischen den Belegschaften ausgespannten Schwellen der Landesgrenzen wie der zu ihrer Überwindung anfallenden Reisezeiten und -kosten, der nationalen Unterschiede

der Sprachen und Rechtssysteme begünstigen transnational operierende Unternehmen, die von den regionalen und nationalen Unterschieden bei Entlohnung und Arbeitsrecht profitieren und Arbeitskämpfe durch die Verlagerung der Produktion in ein Werk im Nachbarland ins Leere laufen lassen können.

Darüberhinaus ist die Flugverkehrsbranche ein wichtiger Wirtschaftsfaktor und hat eine hochprofitable Tourismusindustrie hervorgebracht, die das Wohlstandsversprechen des neoliberalen Kapitalismus bekräftigt, seit NormalverdienerInnen touristische Trips in alle Welt offenstehen. Während die Infrastruktur des Fliegens mit Megaairports, einem dichten Netz von Direktflügen und der Erreichbarkeit wichtiger Metropolen im Stundentakt glauben macht, die Welt sei enger zusammengerückt, stimmt dies für flüchtende Menschen und ArbeitsmigrantInnen aufgrund der drakonischen Grenzregimes immer weniger.

Global gesehen bleiben Flugreisen das Privileg von rund 5 Prozent der Weltbevölkerung. Diese nehmen für sich den höchsten Pro-Kopf-Verbrauch an natürlichen Ressourcen von allen Fortbewegungsformen in Anspruch, so daß die Mobilität dieses Klassenverhältnisses auch eine Form kolonialer Naturausbeutung beinhaltet. Dennoch wurde der internationale Flugverkehr weder im Klimaabkommen von Kyoto noch von Paris in die Pflicht genommen. Bis heute muß die Flugverkehrsbranche keine Steuern für das Flugbenzin zahlen, internationale Flüge sind von der Mehrwertsteuer und dem Europäischen

Emissionshandelssystem (ETS) ausgenommen, und der Bau von Flughäfen wird in hohem Ausmaß staatlich subventioniert. Auf diese Weise wird der extreme Naturverbrauch pro Personenkilometer auf eine Allgemeinheit umgelastet, die mit MigrantInnen das Gegenteil dessen macht, was sie mit der Hofierung der Luftfahrtindustrie praktiziert.

Für die Klimagerechtigkeitsbewegung liegt daher nahe, nicht nur eine Einpreisung der ökologischen Kosten des Flugverkehrs oder am besten dessen weitgehende Einstellung zu fordern, sondern im Gegenzug auch diejenigen Menschen zu unterstützen, deren Mobilität kriminalisiert oder ökonomisch selektiert wird. Die Einladung "Refugees Welcome" und der Ruf "No Borders" sind keineswegs nur ethische, den Universalismus der Menschenrechte beim Wort nehmende Forderungen. Eine sozialökologisch gerechte und nachhaltige Politik erhebt freie Bewegung für alle Menschen auch deshalb zu einer Kernforderung, weil dies in einer Welt finaler Ressourcen den Kampf um den Erhalt der Lebensgrundlagen von unten repräsentiert.

Zumindest theoretisch könnten die Wanderungs- und Fluchtbewegungen von Millionen aus den bereits jetzt unbewohnbar werdenden Regionen in Äquator- und Küstennähe die Radikalität einer Verbrauchs- und Wachstumsbegrenzung erzwingen, ohne die die im Verlauf der Industrialisierung aufgehäuften Schulden wirtschaftlicher Entwicklung nicht zu begleichen sind. Wer eine solche Entwicklung moralisch unterfüttern möchte, braucht nur darauf

zu verweisen, daß der in Westeuropa und Nordamerika von nicht allen, aber vielen Menschen genossene Reichtum historisch das Ergebnis der Kolonisierung der Welt durch westeuropäische Staaten und ihrer imperialistischen Bewirtschaftung durch die USA und ihre Verbündeten darstellt.

Die gegen die Freiheit der Bewegung gerichtete Renationalisierung der Staaten und die aus angeblichen Gründen nationaler Vorteilsnahme vollzogene Einschränkung etablierter Freihandelssysteme müßte folgerichtigerweise auch das erreichte Ausmaß an Extraktion von Naturressourcen wie lebendiger Arbeit jenseits der eigenen Grenzen zurückfahren. Spätestens wenn man die Besinnung aufs Nationale beim Wort nimmt und daran erinnert, daß dies vollständig nur mit weitgehender Rohstoffautarkie gelingen kann, wird sich zeigen, wie sehr das von der Neuen Rechten propagierte Hochziehen der Grenzmauern und Einfuhrzölle die Basis der eigenen Reichtumsproduktion in Frage stellt. Natürlich wollen die Herren über die Festung "Deutscheuropa" beides - den Schutz eigener Reichtümer durch hohe Zinnen und Mauern wie die Ausplünderung der umliegenden Bauerndörfer zur eigenen Ernährung.

Was im Ergebnis fast zwingend auf Bürgerkrieg hinausläuft, kann zumindest im Ansatz durch das Exponieren immanenter Widersprüche der Belagerungsmentalität als nicht nur menschenfeindliche, sondern ökologisch destruktive Politik bloßgestellt werden. Wenn Anspruch und Wirklichkeit des nationalchauvinistischen

POLITIK / MEINUNGEN

USA - Blutplasmakonserven und Armut ...

Ressentiments so weit auseinanderklaffen wie in diesem Fall, dann bietet sich an, den politischen Kampf gegen rechte Parteien, die die Ablehnung aller Klimaschutzmaßnahmen als Wahlempfehlung in eigener Sache nutzen, angesichts ihrer anwachsenden Popularität nicht nur ideologisch, sondern auch unter Verwendung rationaler Argumente zu führen. Wie das Beispiel der FDP zeigt, schüren bereits Parteien der sogenannten Mitte die Angst vor klimapolitisch bedingten Wohlstandsverlusten, dem am besten mit dem konsequenten Zuendedenken kapitalistischer Verbrauchslogik und ihrer sozialfeindlichen wie naturzerstörerischen Folgen entgegenzutreten ist.

Anmerkungen:

[1] Transnational Social Strike Platform - Fall 2017 Journal
<https://www.transnational-strike.info/wp-content/uploads/Logistics-the-Transnational-Social-Strike-%E2%80%94-TSS-Journal-Fall-2017-1.pdf>

Im Original:

While logistics presents itself with the face of concentrated knots such as ports, land ports or data centres, its reality is a dispersed and resilient form of power which valorises and reproduces unbalances and specific conditions of exploitation. While logistics celebrates a corporate world with selective borders, what we need is to produce a transnational political communication by raising demands that resonate with the continuous mobility of migrants across Europe and beyond.

<http://www.schattenblick.de/infopool/politik/kommen/raub1199.html>

(SB) 3. Juni 2019 - Die Redewendung, jemanden bis aufs Blut ausaugen, erfährt durch die Vergesellschaftung des Menschen eine unmittelbare Bedeutung. In den USA zum Beispiel. Dort spendet eine wachsende Zahl von ärmeren Menschen regelmäßig Blutplasma, um finanziell einigermaßen über die Runden zu kommen. Dieses aus der Not geborene Spendenaufkommen muß deutlich von jenem Blutspenden unterschieden werden, das auch wohlhabendere Menschen aus religiösen oder ethischen Motiven praktizieren und das als Bestandteil von Maßnahmen der sozialen Befriedung und somit Sicherung des eigenen Vorteils zu subsumieren ist.

Im umgekehrten Verhältnis zu den schwindenden Einkommen der großen Masse der Bürgerinnen und Bürger der Vereinigten Staaten wurde aus dem Melken von Blutplasma der Armen ein lukrativer Wirtschaftszweig. Wie Carlos Delgado für WSWS [1] berichtete, wurden im Jahr 2000 fünf Mrd. Dollar und im Jahr 2017 bereits 21 Mrd. Dollar Umsatz mit dem Verkauf von Blutplasma erzielt. Nach Angaben der Plasma Protein Therapeutics Association hat sich die Zahl der Spenden binnen zehn Jahren verdreifacht; sie nahm von jährlich 12 Mio. im Jahr 2006 auf 38 Mio. in 2016 zu. Der Trend zeigt seitdem weiter nach oben. So stieg die Zahl der Spendezentren von 300 im Jahr 2015 auf heute über 600.

Der für den heutigen Medizinbetrieb unverzichtbare Plasmaanteil des menschlichen Blutes, der auch beispielsweise für Impfstoffe verwendet wird, wird von den USA in die ganze Welt exportiert. Laut Delgado haben sie einen Weltmarktanteil von rund 70 bis 80 Prozent, arte.tv spricht von fast 50 Prozent. [2] 2015 haben die größten unter den in den Vereinigten Staaten ansässigen Blutplasmaunternehmen rund 5.000 Tonnen des "gelben Goldes" nach Europa exportiert, der größte Teil davon ging nach Deutschland.

Im Unterschied zu Vollblutspenden, die nur im Abstand von 56 Tagen geleistet werden dürfen, damit sich die roten Blutkörperchen regenerieren können, darf Blutplasma zweimal pro Woche abgegeben werden, da dessen Regeneration innerhalb von zwei bis drei Tagen stattfindet. Manche Menschen, die auf das wenige Geld für ihre Spende existentiell angewiesen sind, geben Monat für Monat, Jahr für Jahr zweimal die Woche ihr Blutplasma ab. Bei dieser Form des Melkens wird nur der Plasmaanteil des Blutes, welches abgesehen von den roten Blutkörperchen auch aus Blutplättchen besteht, entnommen und der Rest wieder in den Organismus zurückgeführt.

Das geht selbstverständlich nicht spurlos an den Betroffenen vorbei. Häufig sind sie ermattet, ihnen wird leicht schwindelig und sie haben ein geschwächtes Im-

munsystem, in Folge dessen sie anfälliger für Infektionskrankheiten sind. Auch mit Schädigungen der inneren Organe, insbesondere der Nieren und der Leber, muß gerechnet werden.

Solche Einschränkungen oder Risiken würden die wohlhabenden Teile der Gesellschaft, die Blut oder Blutbestandteile spenden, niemals hinnehmen. Umgekehrt bedeutet das, daß die finanzielle Not der Menschen dazu ausgenutzt wird, sie zur Preisgabe ihres "Lebenssafts" zu bewegen. 2018 haben Forschende der Case Western Reserve University festgestellt, daß die Blutplasmazentren vorwiegend entweder

in Bundesstaaten mit den meisten einkommensschwachen Haushalten eingerichtet wurden oder in Bundesstaaten, in denen die Menschen mit geringem Einkommen eine besonders niedrige finanzielle Unterstützung erfahren. Ein bevorzugter Standort für diese Zentren sind die Armenviertel der Städte.

Daß die Reichen vom Blut der Armen leben läßt sich auch daran ablesen, daß viele der Menschen, die Blutplasma spenden, sich selber eine lebensrettende Therapie mit Blutplasma gar nicht leisten können. Pro Spende erhalten sie womöglich zwischen 30 und 50 Dollar, auf dem Weltmarkt wird

die gleiche Menge Blutplasma jedoch für 300 Dollar verkauft. Eine gesetzliche Krankenversicherung, die dafür gegebenenfalls aufkommt, gibt es in den USA nicht.

Anmerkungen:

[1] <https://www.wsws.org/en/articles/2019/05/28/plas-m28.html>

[2] <https://www.arte.tv/sites/de/das-arte-magazin/2017/01/26/die-ware-blut/>

<http://www.schattenblick.de/infopool/politik/meinung/pola1347.html>

POLITIK / MEINUNGEN / STANDPUNKT

Die Hintergründe der "Ereignisse" auf dem Tiananmen-Platz in Peking 1989

Es drohte ein Bürgerkrieg mit Millionen Toten

Zu den Hintergründen der "Ereignisse" auf dem Tiananmen-Platz in Peking vor 30 Jahren

von Gerhard Feldbauer, 2. Juni 2019

(SB) 3. Juni 2019 - In Osteuropa bahnte sich im Frühsommer 1989 die Krise des Sozialismus an, die der Imperialismus nutzte, die Konterrevolution anzuzünden, die zum Sturz der sozialistischen Ordnungen führte. Auch in der Volksrepublik China fanden zu dieser Zeit in der Kommunistischen Partei Auseinandersetzungen über den weiteren Weg zum Sozialismus - ökonomische Reformen unter der Kontrolle und Führung der Partei - statt, gegen die sich eine liberale Fraktion wandte, die auf eine kapitalisti-

sche Restauration setzte. Generalsekretär Hu Yaobang, der die von Deng Xiaoping eingeleiteten Reformen unterstützt hatte und unter kritischen Intellektuellen und Studenten großes Ansehen genoss, sympathisierte mit den Studenten und wandte sich gegen ein energisches Vorgehen gegen ihre gesetzwidrigen Proteste. Er wurde als Parteichef abgesetzt, verblieb aber im Politbüro. An seine Stelle trat Zhao Ziyang. Nach dem Tod von Hu Yaobang im April 1989 veranstalteten Studenten der Pekinger Universität für

ihn auf dem Tiananmen-Platz (Platz des himmlischen Friedens) große Feierlichkeiten, womit die Besetzung des Platzes begann.

Die agierenden Kräfte der Liberalen waren Studenten und Angehörige der Intelligenz, von denen nicht wenige während der Zeit der sogenannten "Großen Proletarischen Kulturrevolution" unter Mao Tse-tung in den 60er/70er Jahren als "Rechte Elemente" gemäßregelt und in Arbeitslager auf dem Lande verbannt worden waren, darunter auch Hu Yaobang.

Andere Teilnehmer an den Protesten waren Intellektuelle, vor allem Hochschullehrer, die in den vorangegangenen Jahren zu Zehntausenden in den USA und Westeuropa studiert hatten. Laut Statistiken lernten 1989 allein in den USA "74 000 junge Chinesen". In der Bundesrepublik Deutschland waren es, Praktikanten eingeschlossen, 8000. Viele von ihnen waren, wie spätere Fälle bekannt machten, von den Geheimdiensten dieser Länder angeworben worden und verfolgten entsprechende Ziele. Selbst in der Umgebung des Politbüros waren Agenten postiert und übermittelten den Platz-Besetzern zum Beispiel Protokolle der "geheimen Sitzungen" der Parteiführung.

Die Kampagne gipfelte in Forderungen nach dem Sturz der Partei- und Staatsführung, um einer kapitalistischen Restauration, wie sie dann in den Ostblockstaaten einsetzte, den Weg zu bereiten. Es ging, räumte "Der Spiegel" vom 12. Juni 1989 ein, "um mehr als den Massenunmut", es ging darum, "ob China ein kommunistisches Land bleibt" oder "ob es pluralistisch werden" sollte. Symbolisiert wurde das durch die Aufstellung einer überlebensgroßen "Göttin der Demokratie", einer dilettantischen Nachbildung der New Yorker Freiheitsstatue, die auf dem von Studenten besetzten Tiananmen-Platz enthüllt wurde. Zur Leitfigur der Protestierenden wurde der auf sozialdemokratische Positionen gewechselte sowjetische Partei- und Staatschef Michail Gorbatschow, der sich zu dieser Zeit zum Staatsbesuch in Peking befand. Ein Treffen im Parlament wollte er dazu nutzen, danach zu den Studenten auf dem Platz zu sprechen. Die Gastgeber

verhinderten das, indem sie ihn durch den Hinterausgang hinausbugsierten.

Westliche Staaten drohten, Wirtschafts- und Handelssanktionen zu verhängen, wenn den "berechtigten Forderungen" der Studenten nicht entsprochen werde. Das Ganze wurde von einer Hetzkampagne in westlichen Medien begleitet, deren Pekinger Korrespondenten immer "rein zufällig" an den Orten von besonders spektakulären Provokationen auftauchten, über die sie dann berichteten. Insgesamt waren in Peking über 1000 ausländische Journalisten akkreditiert, von denen dazu die meisten am Werk waren.

Die Anführer der Revolte sprachen ständig davon, dass das Ausland auf ihrer Seite stehe und sie mit seiner Hilfe "siegen" würden. Vor diesem Hintergrund eskalieren die Ereignisse, die in den westlichen Medien als "Volksaufstand" gefeiert wurden. Es kam zu bewaffneten Aktionen, Armeepatrouillen wurden überfallen, Soldaten gelyncht, Waffen, darunter Flammenwerfer, erbeutet und eingesetzt. Siegesicher veröffentlichte DPA damals das Foto eines von den "Aufständischen" angegriffenen und in Brand gesetzten Panzers. Insgesamt wurden mehr als 100 Armeefahrzeuge zerstört oder verbrannt, Geschäfte gestürmt und Polizeiposten in Brand gesetzt, Dutzende Soldaten und Polizisten brutal ermordet und die Leichen an den Geländern der Straßenüberführungen aufgehängt. Das Ziel des Aufruhrs war die Ablehnung der Führung der Partei und der sozialen Ordnung sowie der Sturz der Volksrepublik China, so "Der Spiegel".

Als in der Parteiführung der Einsatz der bewaffneten Kräfte erörtert wurde, bezog Generalsekretär Zhao Ziyang eine versöhnlerische Haltung und lehnte die Verhängung des Ausnahmezustandes ab. Er wurde daraufhin am 19. Mai von Jian Zemin abgelöst. Am gleichen Tag verkündete Ministerpräsident Li Peng den Ausnahmezustand. Deng Xiaoping schätzte am 26. Mai 1989 vor dem Zentralkomitee ein, es handle sich um "einen konterevolutionären Putsch" unter Beteiligung der CIA und westlicher Staaten. Dennoch versuchte die Pekinger Führung noch über eine Woche, durch Dialoge und Verhandlungen eine friedliche Lösung zu erreichen. Die Regime-Gegner verschärften jedoch im Gegenteil ihre brutalen Provokationen. Das chinesische Fernsehen brachte Originalaufnahmen von einem Überfall auf Militärfahrzeuge, die in Brand gesetzt und geplündert wurden. Ein Soldat wurde getötet, der Leichnam angezündet und an einem Laternenmast aufgehängt. Vorangegangen war, dass bei dem Überfall ein an der Spitze der Kolonne fahrender Jeep der Militärpolizei attackiert wurde und dabei drei Radfahrer ums Leben kamen. Als die Versuche einer friedlichen Lösung scheiterten und die Studenten sich weigerten, den Tiananmen-Platz zu verlassen, erhielten Armee und Polizei auf der Grundlage eines mehrheitlich gefassten Beschlusses des Politbüros am 4. Juni den Befehl zur gewaltsamen Räumung. Es kam zu blutigen Zusammenstößen mit zahlreichen Toten, unter denen sich eine große Zahl Angehörige der bewaffneten Kräfte befanden.

Hätte die Pekinger Führung vor 30 Jahren der Konterrevolution nach-

gegeben, wäre nach Meinung von Chinakennern aus unterschiedlichen Lagern der Sozialismus in Frage gestellt worden, was zu einem verheerenden Bürgerkrieg mit Millionen Toten geführt und die Welt in unvorhersehbarer Weise destabilisiert hätte. Mit der Verteidigung ihrer Unabhängigkeit und ihres eigenständigen Weges zu einer sozialistischen Gesellschaft hat die VR China auf dem Tiananmen-Platz gleichzeitig dieser brandgefährlichen Entwicklung auf internationaler Ebene Einhalt geboten. Auf dieser Grundlage ist sie heute bei Meinungsverschiedenheiten für Nordkorea ein Sicherheitsfaktor, Verbündeter bei der Verteidigung der Unabhängigkeit Kubas und Venezuelas sowie der Festigung des wirtschaftlichen Kurses von Staaten in Lateinamerika, Afrika wie Asien gegen die Unterwerfungsversuche der USA und EU-Staaten.

Wie vor 30 Jahren geht es heute in Peking darum, für den Erfolg dieses sozialistischen Modells die führende Rolle der KP Chinas zu sichern und zu festigen. Damit ist die Volksrepublik heute ein echter Hoffnungsträger, der den USA in ihrem Weltherrschaftsstreben einen Riegel vorschiebt und in der Perspektive, wie einst die Oktoberrevolution in Russland, ein objektiver Faktor der Beförderung eines weltweiten revolutionären Aufschwungs.

*

Quelle:

© 2019 by Gerhard Feldbauer
Mit freundlicher Genehmigung
des Autors

[http://www.schattenblick.de/
infopool/politik/meinung/
pmsp0865.html](http://www.schattenblick.de/infopool/politik/meinung/pmsp0865.html)

RECHT / FAKTEN / INTERNATIONAL

pool - Pressedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen

Kolumbien

Gerichtsurteile in Kolumbien stützen die Umsetzung des Friedensvertrages

von Friederike Schwarz

(Bógota, 2. Juni 2019, amerika21) - Der Oberste Gerichtshof Kolumbiens hat entschieden, den Fall des ehemaligen Farc-Guerilleros Seuxis Paucias Hernández Solarte alias Jesús Santrich zu übernehmen und hat zudem seine sofortige Freilassung angeordnet. Die Ermittlungskammer des Gerichts werde sich nun mit der Sache auseinandersetzen und die Beweise prüfen. Damit wurde der Argumentation der Anwält*innen von Santrich stattgegeben, dass der Fall eines Kongressabgeordneten nicht von der Generalstaatsanwaltschaft, sondern vor dem Obersten Gerichtshof verhandelt werden müsse.

Mit dieser Entscheidung stellt sich das Gericht gegen das Argument der Ankläger*innen, dass Santrich nicht mehr die Privilegien eines Abgeordneten genießt, da er bei der Vereidigung nicht anwesend war und eine andere Person an seiner Stelle im Kongress sitze. Das Gericht vertritt, dass eine Vereidigung keine zwingende Maßnahme sei, um als Kongressabgeordneter zu gelten. Dies werde vorher bestimmt. Daher entschied das Gericht, das Fehlen bei der Amtseinführung nicht zu Grunde zu legen, sodass Santrich als Parlamentarier gilt und der Gerichtshof den Fall

übernehmen kann. Dass Santrich freigelassen werden könne, liege an konstitutionellen Privilegien eines Abgeordneten, die es erlauben, bei einer Ermittlung in Freiheit zu sein, so lange keine Schuld festgestellt ist.

Santrich war ein Jahr in Haft

Nach Veröffentlichung der Gerichtsentscheidung forderte die Generalstaatsanwaltschaft, Santrich erneut für weitere Vernehmungen im Zusammenhang mit Drogenschmuggel bzw. Herstellung oder Besitz von Drogen festnehmen zu können. Seine Anwält*innen hingegen bemühten sich, die Freilassung so schnell wie möglich zu erreichen, damit ihr Mandant seine Aufgabe als Kongressabgeordneter wahrnehmen kann. Bereits am 30. Mai, weniger als einen Tag nach der Entscheidung, konnte Santrich das Gefängnis verlassen.

Die Reaktionen auf den Ausgang des Verfahrens sind geteilt. Anhänger*innen der Partei Alternative Revolutionäre Kraft des Volkes FARC (Fuerza Alternativa Revolucionaria del Común) begrüßten die Entscheidung. Sie zeigten sich zuversichtlich, dass Santrich bald sein Amt als Abge-

ordneter des Repräsentantenhauses antreten kann. Gustavo Bolívar von der Partei Decentes (die Anständigen) stimmte zu. Santrichs Fall werde jetzt wie der eines jeden anderen Abgeordneten behandelt. Ähnlich äußerte sich Iván Cepeda von der linken Partei Polo Democrático (PD). Der Senator der liberalen Partei Luis Fernando Velasco sagte, der Logik der Verfassung und des Gesetzes sei gefolgt worden.

Kritik kommt hingegen vom Senator Carlos Abraham Jiménez von der Partei Cambio Radical, der Santrich nicht als Kongressabgeordneten sieht. Jemand anderes habe seinen Platz eingenommen und er könne daher nicht wie ein Abgeordneter behandelt werden. Für Jiménez bedeutet dies Straflosigkeit. Ähnlich urteilen die Senatoren der rechten Regierungspartei Centro Democrático (CD), Gabriel Velasco und Paloma Valencia. Velasco sieht die Entscheidung als einen Beweis dafür, dass in Kolumbien dringend eine vollständige Überarbeitung der Justiz notwendig sei. Valencia fügte hinzu, das Gericht stünde erkennbar auf der Seite der Straftäter und schütze diese.

Kritik von der Regierung

Kurz nach dem Urteil gab der Oberste Gerichtshof bekannt, dass die Einwände von Präsident Iván Duque gegen die Sonderjustiz für den Frieden (JEP) unwirksam sind. Duque hatte sein Veto-recht gegen Teile des 2016 vereinbarten Friedensvertrags mit der ehemaligen Farc-Guerilla eingesetzt. Konkret ging es um sechs der insgesamt 159 Punkte zur JEP. Über Abstimmungen im Par-

lament hatte der Präsident versucht, das Abkommen mit den Farc in wichtigen Punkten zu kippen. Nachdem es keine Mehrheit in den Kammern gab, lag die Entscheidung beim Gericht. Der Senator und Präsident der Friedenskommission, Roy Barreras, sieht das Urteil als "einen Sieg für den Frieden und die Gerechtigkeit". Gleichzeitig kritisierte er die Regierung für die durch die vorgebrachten Einwände verlorenen neun Monate. Er kritisiert die Politik Duques als rückwärtsgerichtet.

Der freigelassene Politiker äußerte sich am 30. Mai in einem Interview mit dem lateinamerikanischen Fernsehsender Telesur zu den Vorwürfen gegen ihn. Sie seien eine mediale Täuschung, für die Anschuldigungen gebe es keine Beweise. Er werde in Kolumbien bleiben, um zu zeigen, dass es sich dabei nur um Lügen handle. Santrich beklagte auch, dass es schwierig sei, den Friedensprozess voran zu bringen. Es brauche unter anderem eine wirkliche Wiedereingliederung ehemaliger Guerilleros, damit es keine weiteren Morde mehr gebe. Gleichzeitig kritisiert er, dass in Kolumbien US-Interessen über denen des Volkes stünden. Der Interventionismus transnationaler Unternehmen sowie des ehemaligen Präsidenten Álvaro Uribe Vélez kämen noch hinzu.

Santrich war im April 2018 von kolumbianischen Behörden auf Druck der US-Antidrogenbehörde DEA festgenommen worden und saß seitdem in Haft. Gegen ihn wird wegen angeblicher Beteiligung an einem Kokaindeal ermittelt, bei dem zehn Tonnen der Droge in die USA geschmuggelt

werden sollten. Die USA verlangen seine Auslieferung. Laut der JEP haben die US-Behörden allerdings zu keinem Zeitpunkt belastbare Beweise für den Drogendeal vorgelegt. Die JEP hatte Santrich bereits am 15. Mai freigesprochen und eine Auslieferung abgelehnt, da die Beweismittel nicht ausreichten. Unmittelbar nach seiner Freilassung am 17. Mai wurde er durch die Generalstaatsanwaltschaft erneut verhaftet, bis das Oberste Gericht seine Entscheidung traf.

URL des Artikels:

<https://www.npla.de/poonal/gerichtsurteile-in-kolumbien-stuetzen-die-umsetzung-des-friedensvertrages/>

Der Text ist lizenziert unter Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international.

<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/>

*

Quelle:

poonal - Pressedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen
Herausgeber:
Nachrichtenpool Lateinamerika e.V.
Köpenicker Straße 187/188
10997 Berlin
Telefon: 030/789 913 61
E-Mail: poonal@npla.de
Internet: <http://www.npla.de>

<http://www.schattenblick.de/infopool/recht/fakten/rfi00282.html>



REPRESSION / FAKTEN / INTERNATIONAL

poonal - Pressedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen

Kolumbien

Paramilitärs drohen in Flugblättern

mit "sozialer Säuberung" in Ciudad Bolívar

(Bogotá, 27. Mai 2019, contagio radio) - Bewohner*innen des Stadtteils Ciudad Bolívar in der kolumbianischen Hauptstadt Bogotá meldeten am 21. Mai Flugblätter in ihrem Stadtteil, die mit einer "sozialen Säuberung" (limpieza social) drohen. In den Flugblättern wird angekündigt, Menschen aus Venezuela und drogenabhängige Menschen umzubringen. Laut dem Gemeinderat des Stadtteils Christian Robayo sei dies ein weiterer Beweis dafür, dass illegale Gruppen im Stadtteil Interessen hätten und präsent seien.

Schon seit langem sei die Situation in Ciudad Bolívar kritisch, so Robayo von der sozialdemokratischen Partei Polo Democrático. Das Büro der Bürgerbeauftragten (Defensoría del Pueblo) hatte bereits im vergangenen Jahr eine Frühwarnung herausgegeben, die über die Präsenz illegaler bewaffneter Gruppen in Ciudad Bolívar und in den Stadtteilen Soacha, Usme und Kennedy informierte. In der Warnung wurde sich mit Sorge über die Zunahme der gewaltsamen Todesfälle und über andere Probleme im Zusammenhang mit dem sogenannten "Mikrohandel" geäußert. Der Begriff "microtráfico" bezeichnet den

Handel mit kleinen Mengen an Drogen, den vor allem Minderjährige aus ärmeren Gegenden im Auftrag krimineller Gruppen ausführen.

249 Morde in 2018

Insbesondere an den südlichen Ausfahrten Bogotás in Richtung Villavicencio und Sibaté hätten sich laut Gemeinderat "paramilitärische Hochburgen" gebildet. Sie tarnten sich durch legale Geschäfte, um mit Drogen zu handeln und Erpressungen durchzuführen. Man habe bereits damals auch davor gewarnt, dass die paramilitärische Organisation AGC (Autodefensas Gaitanistas de Colombia) bewaffnete Kommandos in das Gebiet schicke, um Allianzen mit bereits dort präsenten Gruppen zu suchen.

Robayo äußerte sich zudem besorgt über die ansteigende Zahl der Morde. "Von Januar bis Dezember 2018 wurden 249 Menschen ermordet", in diesem Jahr waren es bisher 59. Es herrsche eine Situation, die von der Kreisverwaltung in besonderer Weise behandelt werden müsse. Der Gemeinderat ersuchte die Staatsanwaltschaft, nach den Urhebern der Flugblätter zu

fahnden und forderte sie zudem dazu auf, die Rechte der Bürger*innen zu schützen und auf kommunaler und Bezirksebene dringende Maßnahmen zu ergreifen.

URL des Artikels:

<https://www.npla.de/poonaal/paramilitaers-drohen-in-flugblaettern-mit-sozialer-saeuberung-in-ciudad-bolivar/>

Der Text ist lizenziert unter Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international.

<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/>

*

Quelle:

poonal - Pressedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen
Herausgeber:
Nachrichtenpool Lateinamerika e.V.
Köpenicker Straße 187/188
10997 Berlin
Telefon: 030/789 913 61
E-Mail: poonaal@npla.de
Internet: <http://www.npla.de>

<http://www.schattenblick.de/infopool/repress/fakten/rf0i0388.html>

Treibhausgas - Verrechnungsgrundlage ...

(SB) 3. Juni 2019 - Im Rahmen des 1,5 Grad Sonderberichts des Weltklimarats (IPCC) wurde eine noch umstrittene Reform der konventionellen Treibhausgaspotentiale (GWPs bzw. CO₂-Äquivalente) vorgeschlagen, weil damit bisher die globale Temperaturentwicklung durch kurzlebige Treibhausgase falsch eingeschätzt würde. Die mit den Korrekturen gewonnene größere Genauigkeit bei der Einschätzung des Heizpotentials von Treibhausgasen sollte auch für mehr Gerechtigkeit bei Minderungsmaßnahmen sorgen. Am Beispiel Neuseeland, dessen Regierung unlängst ihr "Nullemissionsgesetz" (Zero Carbon Act) vorgestellt hat und der darin enthaltenen Sonderstellung für das Treibhausgas Methan (das eigentlich 28mal stärker klimawirksam als CO₂ ist), wird deutlich, daß der neue Faktor dazu mißbraucht werden kann, Klimaschutzmaßnahmen zu reduzieren oder ganz zu unterlassen. Entgegen den letzten Feststellungen des IPCC, daß die Menschheit bis zum Jahr 2030 ihre Treibhausgasemissionen um 45 Prozent verringern und auf allen Sektoren bis 2050 auf Null zurückfahren muß, um das 1,5-Grad-Ziel nicht zu verfehlen, wird hier ein Kunstgriff angewendet, mit dem der größte neuseeländische Emittent von klimarelevantem Kohlenstoff, wie eh und je von Minderungsmaßnahmen praktisch ausgenommen bleiben kann. [1] Doch

auch andere gravierendere Gefahren durch Methanfreisetzung, die durch das Abtauen von Permafrostböden oder durch andere, vielleicht noch unbekanntere natürliche Quellen entstehen, könnten kurzerhand kleingerechnet oder nicht mehr wahrgenommen werden.



Neuseelands Rinder- und Schafherden sind relevante Treibhausgasemittenten.

Ein neuer Berechnungsfaktor könnte ihren Beitrag zum Klimageschehen relativieren.

Foto: 2006 by Phillip Capper [CC BY 2.0 (<https://creativecommons.org/licenses/by/2.0/>)]

Warum das Nullemissionsgesetz seinem Namen keine Ehre macht.

Seid dem Regierungswechsel 2017 gilt Neuseeland in der internationalen Klimapolitik als vor-

bildlich. Die derzeitige Labour geführte Regierung hat die Klimapolitik - nicht zuletzt als Zugeständnis an die Koalition mit den Grünen - zur Priorität erklärt. Bis 2050 soll der neuseeländische CO₂-Ausstoß bei "netto null" liegen. Der neue Haushalt sieht für die Etablierung eines "Green In-

vestment Fund" 100 Mio. NZ\$ vor. 80 Prozent der Elektrizität erzeugt das Land aus regenerativen Anlagen, vorwiegend Wasserkraft. Mit der Verpflichtung zur vollständigen CO₂-Neutralität müßte das Land mit 4,7 Millionen Einwohnern nun auch weitere Sektoren wie Verkehr und Landwirtschaft mit einbeziehen.

Nun ist Neuseeland mit einem 0,22-prozentigen Anteil (ein Zehntel des Anteils Deutschlands) am globalen Treibhausgasseintrag keiner der ganz großen

Klimakiller-Nationen. Die Rolle des klimasauberen Vorbilds fällt umso leichter, je weniger dicht ein Land besiedelt ist, d.h. je weniger Menschen da sind, die die Luft verschmutzen. Auf einer Fläche, die nur 90.000 Quadratkilometer kleiner ist als Deutschland, lebt nur ein Siebzehntel der deutschen Bevölkerung. Der CO₂-Fußabdruck pro Kopf kann mit der zivilisierten Bevölkerung anderer Länder aber durchaus konkurrieren. Tatsächlich hat das Land unter den OECD-Staaten gemessen am Bruttoinlandsprodukt den zweithöchsten Grad an Klimagasemissionen. Dieser ist seit 1990 um 23 Prozent gestiegen. Kritiker machen vor allem die von Emissionsreduktionen komplett ausgenommene, extrem intensive Landwirtschaft, aber auch ineffiziente Verkehrssysteme und emissionsstarke Industrien für die Situation verantwortlich. Allein der Landwirtschaftssektor macht mit seiner intensiven Vieh- und Milchwirtschaft 80 Prozent der klimarelevanten Emissionen des Landes aus. Und das soll auch nach der jüngsten Gesetzesvorlage zum Klimaschutz so bleiben.

Offenbar lassen sich wissenschaftliche Erkenntnisse einer unlängst veröffentlichten Studie dazu mißbrauchen, klimarelevante Emissionen biogener Natur, d.h. klimaschädigende Gase, die auf natürliche Weise von Rindern und Schafen bei der Verdauung oder auf Mülldeponien bei Zersetzungprozessen durch Mikroorganismen entstehen, entsprechend kleinzurechnen, so daß unter dem Strich einfach Null herauskommt. Das könnte das Reduzieren oder sogar Unterlassen von Klimaschutzmaßnahmen recht-

fertigen und auch in anderen Ländern mit großer Viehwirtschaft wie Australien, Argentinien oder Brasilien Schule machen.

Zur Diskussion steht der sogenannte "Zwei-Körbe-Ansatz" (Two-basket-approach), bei dem es um unterschiedliche Zielvorgaben für die Minderung von Treibhausgasemissionen geht. Hiernach müssen manche Treibhausgase, die sich in der Atmosphäre anreichern bzw. "akkumulieren" wie die von CO₂ oder Lachgas (N₂O), stark reduziert werden (Korb 1), während andere ignoriert werden dürfen (Korb 2), weil sie praktisch von allein wieder verschwinden. Damit sich das Klima von Stund an nicht weiter aufheizt, müßten die Emissionen aller in Korb 1 genannten Stoffe sofort auf Null gedrosselt werden. Dafür will man sich laut Zero Carbon Act aber noch Zeit bis 2050 lassen.

Da Methan (CH₄) zu den kurzlebigen, nicht akkumulierenden Atmosphärgasen gezählt werden könne, reiche es, nur den aktuellen Eintrag als temperaturwirksam zu berechnen. Sein Eintrag in die Atmosphäre müsse dann nur noch um 0,3 Prozent im Vergleich zum Vorjahr reduziert werden, wenn man seine Wärmewirkung in der Atmosphäre auf einem konstanten Niveau halten will. Unter dieser Vorgabe könnte der neuseeländische Landwirtschaftssektor quasi unverändert so weiterwirtschaften wie in den letzten Jahren. Die in der neuen Gesetzesvorlage vorgeschlagenen 10 Prozent Minderungsziel von biogenen Methanemissionen bis 2030 und 24-46 Prozent bis 2050 können hiernach sogar als ambitioniert gelten. [3]

Durch zusätzliche Anpflanzungen von Nadelbäumen in der landwirtschaftlich genutzten Region sollen weitere Kohlenstoffeinträge in die Atmosphäre nach dem "Emissionshandelsprinzip" ausgeglichen werden. Anders gesagt, wird für begangene Klimasünden eine entsprechende Menge an Bäumen gepflanzt, die pro Jahr wieder einen Teil des CO₂-Gehalts der Luft für ihr Wachstum benötigen und demzufolge speichern sollen. [4] Beide Teile des Vorschlags enthalten aber möglicherweise Denkfehler.

Die wissenschaftliche Grundlage des ersten Teils dieses Ansatzes ist eine noch nicht validierte wissenschaftliche Studie. Diese hatte im Rahmen des IPCC Sonderberichts 1,5 Grad globale Erwärmung eine Reform der bisherigen CO₂-Äquivalente (CO₂-eq), bzw. der stoffspezifischen GWPs (Global warming potentials) vorgeschlagen, welche die Kurzlebigkeit von Treibhausgasen stärker gewichtet als bisher und für genauere Vorhersagen sorgen soll.

Tatsächlich hatten die konventionellen Umrechnungsfaktoren nach Ansicht einiger Klimawissenschaftler bei der Modellierung des Einflusses von kurzlebigen Treibhausgasen auf die Erwärmung häufiger ungenaue oder wenig zufriedenstellende Ergebnisse produziert. Immer wieder mußten in den letzten Jahren Vorstellungen und Voraussagen dahingehend korrigiert werden, daß die Klimaerwärmung viel schneller voranschreitet als erwartet.

Die Studie schlägt daher eine neue, verbesserte Metrik (GWP*) vor [2], mit der sich präzisere Be-

rechnungen aufstellen ließen. So schreiben die Autoren in der Einleitung: "Das GWP* gibt genau an, wie sich die Emissionen sowohl langlebiger als auch kurzlebiger Schadstoffe auf den Strahlungsantrieb und die Temperaturen über einen weiten Zeitbereich auswirken und funktioniert auch bei ambitionierten Klimaschutz- bzw. Minderungsmaßnahmen, wenn herkömmliche GWPs versagen." [2, Übersetzung SB-Red.]

Ferner heißt es in der Einleitung: Unter Verwendung des GWP* würde die Umsetzung des Pariser Abkommens gegenüber einem unveränderten Wirtschaften wie bisher, im Jahr 2030 eine nur um 28% reduzierte globale Erwärmungsrate ergeben. Auch ließen sich Klimaversprechen, die einzelne Staaten zur Reduktion von Treibhausgasen machen, in ihrer Wirkung auf die Klimaentwicklung besser einschätzen und realistischere Grundlagen für die Diskussion zur Lastenverteilung erstellen, wenn es um das Erarbeiten von langfristigen Strategien und Maßnahmen zur Verfolgung ehrgeiziger globaler Temperaturziele ginge. Auf die bekannten Klima-Szenarien umgerechnet, würde der reformierte Äquivalenzfaktor das Erreichen des 1,5-Grad-Ziels durchaus in Frage stellen, woraus sich konsequenterweise die Forderung nach wesentlich ambitionierteren Klimaschutzmaßnahmen ergäben als diejenigen, die seinerzeit in Paris beschlossen wurden.

Daran, daß Kurzlebigkeit mit verminderter Klimarelevanz gleichgesetzt werden könnte, daß dadurch ambitionierte Klimaschutzmaßnahmen hinterfragt und vernachlässigt werden, daß klimare-

levante Einträge mit mehrerlei Maß gemessen und große Mengen an Treibhausgasen schlicht ignoriert werden könnten, scheint offenbar keiner der Autoren gedacht zu haben.

Die neue Metrik wird auf eine bunte Mischung diverser Stoffe angewendet, die als kurzlebige Treibhausgase oder SLCPs (short lived climate forcing pollutants) gelten. Und hierunter fallen möglicherweise auch tatsächlich einige flüchtige, schnell zerfallende Stoffe, deren treibhausverstärkende Wirkung tatsächlich nur sehr kurz spürbar wird. Sie werden nach ihrer Lebensdauer in nur drei Untergruppen kategorisiert. Man unterscheidet Stoffe, die nur wenige Tage (z.B. Feinstaub, Ruß), einige Monate (Ozon, O₃), oder Jahre bis Jahrzehnte (Methan CH₄, Fluorchlorkohlenwasserstoffe FZKW's u.a.) in der Atmosphäre verbleiben. Letztere können praktisch nur im Vergleich mit CO₂, das sich mindestens 120 Jahre in der Atmosphäre aufhält, noch als "kurzlebig" angesehen werden. Die tatsächlich kurzlebigen, nur für wenige Stunden klimarelevanten Isoprene und Terpene, die von Pflanzen emittiert werden, werden hingegen nicht einmal erwähnt.

Daß allerdings eine wissenschaftliche Arbeit, die sich vorgeblich um größere Präzision bei künftigen Entscheidungen bemüht, für einen als kurzlebig definierten Stoff Akkumulations- oder Regenerationsmöglichkeiten komplett ausschließt, wenn er real mindestens 10 bis 12 Jahre braucht, um aus der Atmosphäre zu verschwinden, klingt wenig durchdacht. Zumal die Atmosphärenchemie in ihren möglichen Wech-

selwirkungen und zyklischen Prozeßverläufen weder allgemein noch in dieser speziellen Fragestellung als abgeschlossen und verstanden gelten kann.

In einem Artikel des Jahrbuchs (2012/13) des Max-Planck-Instituts für Chemie, der das Atmosphärenchemie-Erkundungs-Projekt "CARIBIC" (Civil Aircraft for the Regular Investigation of the atmosphere Based on an Instrument Container) in Zusammenarbeit mit der Lufthansa vorstellt, kommen die Autoren dann allerdings auch zu einem ganz anderen Schluß, was die Abbauprozesse der biogenen Einträge von Methan (und dazu das von Pflanzen gebildete Isopren) angeht. Diese werden als besonders komplexe Oxidationsprozesse bezeichnet, die eine starke Belastung für die gesamte Atmosphärenchemie darstellten und u.a. die sogenannten Selbstreinigungszyklen in den hohen Atmosphärenschichten behinderten [5]. Die Frage der Akkumulation von Methan beantworten die Max-Planckschen-Atmosphärenchemiker folgendermaßen:

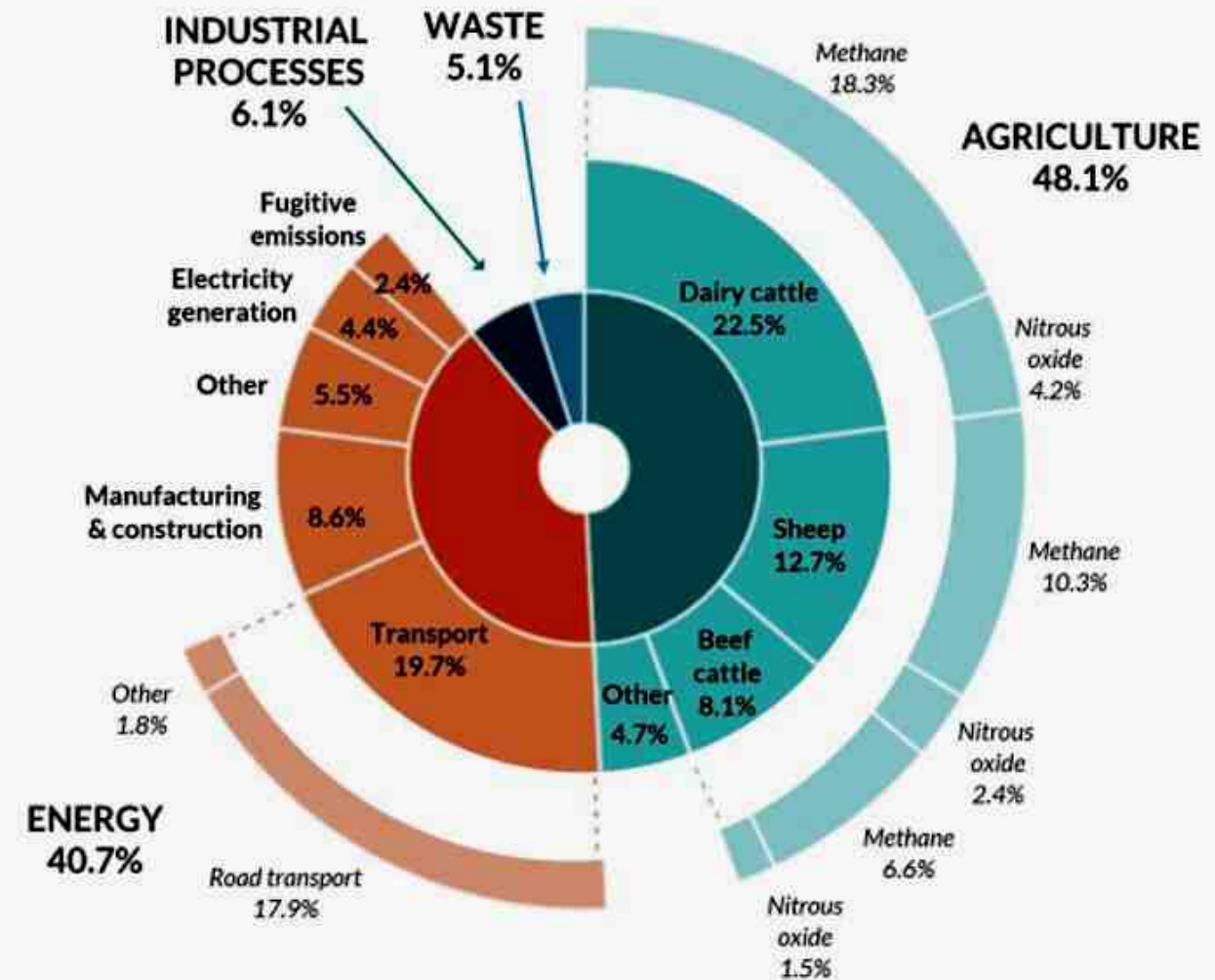
"So gelangen etwa 500 Millionen Tonnen Methangas pro Jahr in die Atmosphäre. Da nicht die gleiche Menge chemisch abgebaut wird, erhöht sich die Methankonzentration nahezu stetig und verstärkt den Treibhauseffekt." [5]

Diese Sicht bestätigt auch den herkömmlichen Äquivalenzfaktor für Methan, das als 28mal stärker klimawirksam gilt als CO₂.

Ohne an dieser Stelle auf sämtliche Nebenprodukte beim photochemischen, oxidativen Abbau von flüchtigen Kohlenwasser-

NEW ZEALAND'S Greenhouse Gas Emissions

Source: New Zealand's Greenhouse Gas Inventory 1990-2017, published April 2019



Note: Percentages in the graph may not add up to 100 due to rounding.

Fugitive emissions are from the leakage, burning and controlled release of gases in oil and gas operations as well as escaping gases from coal mining and geothermal operations. Agricultural methane is mainly from livestock digestive systems and nitrous oxide is mainly from manure on soil.

Tortendiagramm aller neuseeländischen Treibhausgasemissionen, in unterschiedliche Sektoren (Verkehr, Industrie, Landwirtschaft usw.) aufgeteilt. Der größte Anteil der Treibhausgase, die in Neuseeland durch die Landwirtschaft erzeugt werden, ist Methan (35%).

Grafik: 2019 by NZ Ministry for the Environment. CC BY-ND

stoffen wie Methan mit Hilfe von Hydroxylradikalen einzugehen, unter denen sich ebenfalls mehr oder weniger stark treibhausaktive Substanzen befinden, [6] scheint der Abbau von kurz- bzw.

superkurzlebigen Treibhausgasen doch weitaus komplexer zu sein, als daß man ihn mit einem einzigen Korrekturfaktor wie dem GWP* erfassen könnte. Darüber hinaus muß sich das wissen-

schaftliche Streben nach immer präziseren Berechnungen die Kritik gefallen lassen, ins Bodenlose zu entfern, was eher der Verschleierung der realen Situation als der Unterstützung von not-

wendigen Klimaschutzmaßnahmen dient.

Daß die günstige Mißinterpretation der Studie und das Verharmlosen aller biogener Treibhausgasemissionen auch die menschliche Beteiligung schön, scheint unkommentiert hingenommen zu werden. Immerhin trägt der Mensch mit einem Anteil von 70% zur weltweiten Produktion und Freisetzung von biogenem Methan bei. [7] Und schließlich könnte auch die Gefahr der Kipp-elemente im Klimasystem unterschätzt werden, von denen eine forcierte, sich selbst beschleunigende Klimaerwärmung ausgehen kann, sofern es sich um biogene Methanquellen wie abtauende Permafrostböden, Sümpfe, Moore oder Reisfelder handelt, deren Einfluß auf die globale Erwärmung auf diese Weise klein-gerechnet werden kann.

Der neuseeländische Klimawandelforscher Professor Jim Salinger und der kanadische Atmosphärenchemiker Dr. Raymond Desjardins halten daher in ihrem gemeinsamen Beitrag im NZ Herald den in Neuseeland vorge-stellten Ansatz des Nullemissionsgesetzes, Methanemissionen getrennt von anderen Treibhausgasen des Landes zu bewerten, für eine falsch verstandene und wissenschaftlich nicht fundierte Auslegung dieser Studie. [1]

Der zweite Denkfehler betrifft die Kieferschonungen, die in der Nähe von landwirtschaftlichen Gebieten angelegt werden, um durch die Produktion von Biomasse aus atmosphärischem CO₂ Treibhaus-gaseinträge zu kompensieren. Diese sondern flüchtige organische Stoffe ab, die für den charak-

teristischen Duft von Nadelbäu-men verantwortlich sind. Nun mehrten sich Hinweise, daß der oxidative Abbau von Methanmolekülen mit Hilfe von Hydroxylradikalen durch eben diese sogenannten Isoprene und Terpene, die aus Nadelbäumen entweichen und die ebenfalls kurzfristig klimaerwärmend wirken, gestört wird. Isopren soll schneller als Methan Verbindungen mit Hydroxylradikalen eingehen, womit die Lebensdauer des kräftigeren Treibhausgases in der Atmosphäre verlängert würde. Dies wird bei Mes-sungen in den fraglichen Regionen durch leicht ansteigende Methankonzentrationen bestätigt, die eigentlich konstant sein sollten.

Laut Professor José Fuentes von der Penn State University könnten die derzeitigen Nadelbaum-schonungen mit einer Größe von 1,2 Millionen Hektar Nadelbäu-men und weiteren 800 Millionen Radiata-Kiefern 2,4 Millionen Tonnen Monoterpene in die neu-seeländische Atmosphäre emittieren, was den natürlichen Abbau von Methan behindern oder sogar ausschließen würde.

Was die geplante Aufforstung mit Hunderten von Millionen Konife-ren im fraglichen Gebiet angeht, bei der jeweils 80 Bäume eine Tonne CO₂ wettmachen sollen, so würde die erhoffte Wirkung in einem Staat, dessen größter Emit-tent die Landwirtschaft und Me-than den Hauptanteil der Treibhaus-gase darstellt, vermutlich ganz ausbleiben. Von der im "Zero Carbon Act" versprochenen, mit Null betitelten Emissionsreduktion, die für das Erreichen des 1,5-Grad-Ziels unabdingbar wäre, bliebe dann nur die "Null" als Wirkung.

Anmerkungen:

[1] https://www.nzherald.co.nz/opinion/news/article.cfm?c_id=466&objectid=12219776

[2] <https://www.nature.com/articles/s41612-018-0026-8#rightslink>

[3] <https://phys.org/news/2019-05-zealand-groundbreaking-carbon-bill-agricultural.html>

[4] <https://www.handelsblatt.com/technik/energie-umwelt/klima-orakel-wie-viele-baeume-sind-noetig-um-eine-tonne-co2-zu-binden/3201340.html?ticket=ST-1721135-KWfqvbphDdDS6tHw-NmRA-ap2>

[5] https://www.mpic.de/fileadmin/user_upload/pdf/CARIBIC.pdf

[6] <http://www.pci.tu-bs.de/aggericke/PC5-Atmos/Troposphaere.pdf>

[7] https://www.tierschutzbund.de/fileadmin/user_upload/Downloads/-dudt-Sonderdrucke/dudt_Sonderdruck_Rinder_als_Klimasuen-der.pdf

<http://www.schattenblick.de/infopool/natur/chemie/cheko118.html>

*Liste der neuesten und tagesaktuellen Nachrichten ...
Kommentare ... Interviews ...
Reportagen ... Textbeiträge ...
Dokumente ...
Tips und Veranstaltungen ...*

<http://www.schattenblick.de/infopool/infopool.html>

UMWELT / KLIMA / INITIATIVE

Internationale Presseagentur Pressenza - Büro Berlin

Tausende demonstrieren für den Klimaschutz in Wien

von Sabine Schmitz, 31. Mai 2019

Heute versammelten sich Tausende Menschen auf dem Heldeplatz in Wien um für den Klimaschutz zu demonstrieren. Greta Thunberg hielt die Abschlusskundgebung.

**Thunberg:
"Werden nicht aufhören"**

"Sie sagen uns, dass wir zurück in die Schule gehen sollen", kritisierte die 16-Jährige. Aber: "Unsere Zukunft wird uns genommen." Deshalb benötige es auch die Unterstützung der Erwachsenen. "Wir brauchen sie mehr als je zuvor", appellierte die Klimaaktivistin. Die "Fridays For Future"-Bewegung wird fortgeführt. "Wir werden nicht aufhören."

Dem Aufruf der 16-jährigen Schwedin folgten nicht nur Schüler aus allen Bundesländern, sondern Menschen jeden Alters. Die Veranstalter sprechen von 35.000 Demonstranten.

Über 26.000 Wissenschaftler*innen haben sich bereits als Scientists 4 Future [1] zu den Forderungen der Jugend bekannt.

Die Wissenschaft bestätigt, wie schlecht es um die Menschheit, die Biodiversität und das Leben auf Erden steht. Doch wenn die



Bild: © Sabine Schmitz

Politik und wir alle JETZT handeln, können wir es schaffen, die Klima- und ökologische Krise zu stoppen! Deshalb ist es jetzt wichtiger als je zuvor, dass nun alle Menschen ihre Stimme erheben: WIR STREIKEN BIS IHR HANDELT!

Über die Autorin

Sabine Schmitz, Jahrgang 1968, lebt in Wien und ist seit 1990 aktiv in Humanistischen Projekten in Deutschland, Afrika und Österreich.

Anmerkung:

[1] https://www.facebook.com/Scientists4Future/?eid=ARDqC-ATN-CjIyq_zAyDMUvDKX-Pxme8D_ZHu1VbC-N1wFdvB5cFVeWDe_g_XGnLBOGLp18VID-uhyWir

Der Text steht unter der Lizenz Creative Commons 4.0 <http://creativecommons.org/licenses/by/4.0/>

*

Quelle:

Internationale Presseagentur

Pressenza - Büro Berlin

Reto Thumiger

E-Mail:

redaktion.berlin@pressenza.com

Internet: www.pressenza.com/de

<http://www.schattenblick.de/infopool/umwelt/klima/uklin182.html>

UMWELT / KLIMA / INITIATIVE

Internationale Presseagentur Pressenza - Büro Berlin

Klimakabinett: Der große Wurf bleibt aus

Pressemitteilung von Parents for Future, 31. Mai 2019

Zur Sitzung des Klimakabinetts am 29.05.2019 erklärt Sabine Ponath von Parents for Future: "Obwohl die Wählerinnen und Wähler in Deutschland bei den Europawahlen gerade erst eindringlich klar gemacht haben, dass die Bundesregierung dem Klimaschutz endlich oberste Priorität einräumen muss, bleiben die Ressorts heute bei der Sitzung des Klimakabinetts deutlich hinter unseren Erwartungen zurück."

Mit dem erneuten zögerlichen Vorgehen und dem Vertrösten auf eine "Grundsatzentscheidung" im Herbst werden alle diejenigen Wählerinnen und Wähler enttäuscht, die sich nach dem Weckruf durch die Europawahlen endlich mutige und durchgreifende Schritte erhofft haben. Der absolute Gipfel aber ist, dass nun Bundeskanzlerin Angela Merkel die Ressortabstimmung des Klimaschutzgesetz-Entwurfs aus dem Umweltministerium zurück gepfiffen hat. Ein zaghafter Schritt vor, zwei gewaltige Schritte zurück.

Die Regierung scheint Klimaschutz als Dienst nach Vorschrift zu sehen. Echter Wille zum Wandel lässt weiterhin auf sich warten. Und das obwohl die Menschen in Deutschland in den letzten Monaten überdeutlich gezeigt haben, dass sie endlich ein verbindliches Klimaschutzgesetz wollen! Nicht umsonst hat die von den Parents for Future eingereichte Bundestags E-Petition "Klimaschutz jetzt" weit über 74.000 Unterzeichnungen erreicht und ist damit eine der erfolgreichsten Petitionen überhaupt. Wir sehen die Forderungen von Fridays for Future als wegweisend: Nettonull bis 2035, Kohleausstieg bis 2030, 100 Prozent erneuerbare Energien bis 2035. Die Bundesregierung scheint aber auf ein lose geschnürtes, mutloses und vor allem unverbindliches Klimaschutzpaket zu setzen - das ist politisches Schnecken tempo, das dem Ernst der Lage in keiner Weise gerecht wird.

Wie wenig die Klimakrise von Seiten der Regierung verstanden

und ernst genommen wird, zeigt sich auch in dem hilflosen Ansatz, vor allem auf Speicherung von Kohlendioxid in der Erde zu bauen. Das ist nach Ansicht vieler Wissenschaftler eine Hochrisikotechnologie, die eine verfehlte Klimapolitik nicht kurieren wird. Die Problematik wird nach dem kurzsichtigen Motto "Aus den Augen, aus dem Sinn" lediglich verlagert - und unseren Kindern und Enkelkindern werden weitere inakzeptable Lasten aufgebürdet."

Der Text steht unter der Lizenz Creative Commons 4.0
<http://creativecommons.org/licenses/by/4.0/>

*

Quelle:

Internationale Presseagentur
Pressenza - Büro Berlin
Reto Thumiger
E-Mail:
redaktion.berlin@pressenza.com
Internet: www.pressenza.com/de

<http://www.schattenblick.de/infopool/umwelt/klima/uklin181.html>



pressenza
INTERNATIONAL PRESS AGENCY

UMWELT / SOZIALES / FRAGEN

poonal - Pressedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen

Brasilien

Die psychischen Auswirkungen von Staudammprojekten

von João Vitor Santos

(São Leopoldo, 23. April 2019, ihu-unisinos) - Staudämme, Straßen oder Hotelkomplexe: Großprojekte haben immer erhebliche Auswirkungen, die weit über jene auf die Umwelt hinausgehen, erklärt die Psychologin Carmem Giongo. Die körperliche und die psychische Gesundheit der betroffenen Menschen nimmt Schaden.

Worin bestand Ihre Untersuchung der psychischen und sozialen Folgen für Menschen, die unter dem Bau des Wasserkraftwerks Itá litten?

Meine Untersuchung hatte mehrere Ziele, eines der wichtigsten war, zu verstehen, wie das Leiden von Menschen systematisch verharmlost wurde, die vom Bau von Staudämmen betroffen sind. In Brasilien gibt es eine Fülle von Publikationen und Studien, die diese Schäden belegen. Aber in jüngster Zeit ist eine Zunahme der Versuche zu beobachten, die Umweltgesetzgebung zu flexibilisieren.

In Ihrer Studie richten Sie den Blick auch auf Menschen, deren Land nicht überflutet wurde, die aber ebenfalls leiden.

Genau. Es handelt sich um Personen, die in der Gesetzgebung eher

unsichtbar sind. Eine Bevölkerung, die an ihrem gewohnten Ort verbleibt und diesen nicht verlassen muss. Die Menschen leben in der Umgebung des Projekts. Viele von ihnen gelten offiziell und rechtlich nicht als Betroffene. Physisch ist ihr Land tatsächlich nicht von dem jeweiligen Großprojekt betroffen. Die Mehrheit dieser Personen erhält daher auch keine Entschädigung. Die Entschädigten wiederum erhalten Geld ausschließlich für physische Schäden. Das überflutete Haus wird bezahlt, aber die Bedeutung des Hauses für die Menschen, die darin wohnten, wird ignoriert. Es gibt keine Begleitung hinsichtlich der langfristigen sozialen Auswirkungen. Eine überflutete Kirche oder Schule wird wieder aufgebaut, mehr aber nicht. Viele Gemeindestrukturen wurden zwar wieder hergestellt, da die Menschen aber in Massen weggegangen sind, nutzt sie kaum jemand.

Gelingt es den Menschen, die ihre Heimat verlassen, ein neues Leben aufzunehmen?

Die Entschädigung für Land ist oft keine Lösung, wenn es sich um indigenes Gebiet oder landwirtschaftliche Nutzfläche handelt. Der Familienlandwirtschaft wird so der Boden entzogen. Familien, deren Vorfahren das Land

einst besiedelten, so dass eine starke emotionale Verbindung besteht. Hinzu kommt, dass der gewohnte Zugang zum Fluss wegfällt. Viele sind gezwungen, in die Stadt zu ziehen, wo ihnen die Anpassung nicht gelingt, so dass sie wieder in die Nähe ihrer Heimat zurückkehren.

Sich an einem anderen Ort anzusiedeln kann auch aufgrund des unterschiedlichen Klimas problematisch sein. Die Menschen haben es auf einmal mit einer anderen Realität zu tun, auch die Arbeitsweisen können sich deutlich von den bis dahin gewohnten unterscheiden. Die Bewegung der von Staudämmen Betroffenen MAB (Movimento dos Atingidos por Barragens) hat daher die Idee der kollektiven Neuansiedlungen entwickelt, so dass die Menschen gemeinsam ein neues Leben beginnen, was ihnen eine Form von Schutz bietet.

Wie ließe sich Staat und Gesellschaft verständlich machen, dass Staudammprojekte nicht den versprochenen großen Fortschritt bringen?

Wir müssen Schluss machen mit der weit verbreiteten Vorstellung, dass Wasserkraft eine nachhaltige Energie ist. Die Realisierung solcher Projekte stellt ein Um-

MEDIEN / FAKTEN / FILM

Internationale Presseagentur Pressenza - Büro Berlin

Chaplins "Moderne Zeiten" -
ein noch immer moderner Film

von Ulrich Behrens, Untergrund-Blättle, 1. Juni 2019

weltverbrechen dar. Energie aus Wasserkraft ist nicht sauber, erneuerbar, nachhaltig und niedrigpreisig, wie der Diskurs der Regierenden und die Gesetzgebung selbst uns weismachen wollen. Wir brauchen andere Energiequellen. Es gibt mehrere Studien, die zeigen, dass Wasserkraftwerke sich im Laufe der Jahre nicht rechnen. Ganz zu schweigen von den sozialen, menschlichen und Umweltschäden. Die Gesellschaft muss eine Debatte führen, damit wir Alternativen haben.

URL des Artikels:

<https://www.npla.de/poonal/die-psychischen-auswirkungen-von-staudammprojekten/>

Der Text ist lizenziert unter Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international.

<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/>

*

Quelle:

poonal - Pressedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen

Herausgeber:

Nachrichtenpool Lateinamerika e.V.
Köpenicker Straße 187/188
10997 Berlin

Telefon: 030/789 913 61

E-Mail: poonal@npla.de

Internet: <http://www.npla.de>

<http://www.schattenblick.de/infopool/umwelt/soziales/usfr0001.html>



"Moderne Zeiten" ist sicherlich auch und vor allem eine Liebesgeschichte - wie fast alle Chaplin-Filme, insbesondere aber "Lichter der Grossstadt". Eine Love-Story, die sich so ganz von den postmodernen Romanzen unterscheidet. Aber Chaplin wäre nicht Chaplin, wenn er es dabei belassen hätte.

Die vorsichtige, und dennoch intensive Liebesgeschichte zwischen den erfolglosen Fabrikarbeiter und dem armen Mädchen Paulette Goddard, dessen Vater bei einem Konflikt zwischen demonstrierenden Arbeitslosen und Polizisten während der Weltwirtschaftskrise erschossen wird und deren beide kleine Geschwister ins staatliche Waisenhaus transportiert werden, ist eingebettet in eine der wohl schärfsten und zugleich mit der typischen Chaplinschen Komik versehenen Kritiken des (damals) modernen Kapitalismus, die man sich vorstellen kann.

Chaplin ist einmal mehr der "Looser", der Ausgestossene, aber nicht irgendein Verlierer, nicht einer, der vor Selbstmitleid zerfließt, sondern einer, der das Beste aus seinem ihm auferlegten Schicksal zu machen versucht, einer, der nicht aufgibt, ein Stehaufmännchen, der seine ganz besondere Art hat, gegen die Umstände der Zeit zu rebellieren. Die Figur

des Tramps katapultiert Chaplin hier aus der Zeit des Kapitalismus, wie er seit dem 19. Jahrhundert herrschte, in den fordistischen Kapitalismus der späten 20er Jahre. Der Tramp ist kein Aufsteiger, keiner, der aufsteigen will, aber er ist einer, der letztlich siegt.

Schon in der Anfangssequenz in der modernen Fabrik, in der (fast) alles automatisiert erscheint, macht Chaplin überdeutlich, wen er im Visier hat: Henry Ford, den Erfinder der Fließbandarbeit, und den Taylorismus, zusammen später als Fordismus bezeichnet, ein System der Industriearbeit, in der der einzelne zum wirklichen Rädchen im Getriebe des Maschinensystems und deren Besitzer verkommt oder verkommen soll. Menschenmassen drängen in die Fabrik wie eine Schafherde. Wenn man aufmerksam hinsieht, erkennt man unter lauter weissen Schafen ein schwarzes, das Chaplins Tramp symbolisiert.

Die Fabrik wird zur modernen Schlachtbank. Ein über allem thronender Direktor überwacht, per Kamera, den gesamten Ablauf - und doch zeichnet Chaplin selbst diesen Herrn als Menschen: Der Direktor versucht sich an einem Puzzle, bevor er wieder zum Antreiber wird. Der Tramp, der hier zum Rädchen zu verkommen

droht, steht am Fließband, um je zwei Muttern festzuziehen, und in der Pause bewegt sich unser Tramp noch immer im Rhythmus des Arbeitsgangs am Fließband - bis er schliesslich über das Band in die Maschine hineingezogen wird.

Auch die sich unter dem Deckmantel des Fortschritts verbergende Technikgläubigkeit erfährt bei Chaplin harsche Kritik - am Beispiel einer Essmaschine, die dem Direktor von einer Fa. Belows angeboten wird und für deren Test unser Tramp als Versuchskaninchen erhalten muss. Die Maschine soll Zeit sparen und würde die Fabrikarbeiter selbst in den Zeiten, in denen sie ihren natürlichen Bedürfnissen nachgehen wollen - also in Zeiten der Freiheit vom Fordismus - zu Anhängseln der Maschine degradieren. Das Experiment geht schief, die Maschine fängt an zu "spinnen" und das Versuchskaninchen muss fast Metallmutter schlucken, die ein Techniker beim Versuche, die Maschine zu reparieren, auf dem Teller deponiert hat.

Doch es wäre verfehlt zu meinen, der Tramp würde sich alldem bedingungslos unterwerfen. Er wird "irre". Er schraubt an den Knöpfen am Kleid einer Sekretärin herum, bringt alles durcheinander. Er zaubert aus der eintönigen Mechanik, die das Fabrikssystem beherrscht, ein Ballett, mit der Ölkanne in der Hand - und wird schliesslich in die Irrenanstalt überwiesen. Nicht die Maschinen und das System des Fordismus sind irre, sondern derjenige, der sich ihnen nicht unterwerfen kann und will.

Chaplins Weg aus dem Fordismus ist eine Art individuelle Rebellion, aber keine individualistische. Wieder arbeitslos geworden, wird er durch einen der vielen "dummen", prächtig und komisch inszenierten Zufälle zum Anführer einer kommunistischen Demonstration, und ein ebensolcher "dummer Zufall" - der unabsichtliche "Genuss" von Rauschgift im Gefängnis - verschafft ihm die Gelegenheit, ein paar Ausbrecher zu überwinden, wofür er vom Sheriff zur Belohnung wieder freigelassen wird.

Auch hier verdeutlicht Chaplin unverblümt ein Markenzeichen des Systems: Nur wer sich, und sei es zufällig, "verdient" macht, wird belohnt. Chaplin "garniert" dieses Strukturmerkmal mit einer guten Portion Komik, die allein es - wie die ganze Geschichte des Films - erträglich machen kann. Der Tramp rebelliert - in einer Mischung aus inszeniertem Zufall und individuellem Trotz gegen die Vereinnahmung von Millionen.

Doch der zum Fabrikarbeiter respektive Arbeitslosen degradierte Tramp ist, wie gesagt, nicht einer jener individualistischen "Helden", die sich in blindem Egoismus ergehen. Als ihn das wunderschöne Mädchen, die gerade ein Brot gestohlen hat (garniert mit der Zeitungsmeldung "Pöbel stiehlt Brot"), bei der Flucht in die Arme fällt, bekennt er sich statt ihrer des Diebstahls. Gerade in dieser Szene verdeutlicht Chaplin seinen Helden als einen durchaus nicht nur menschenfreundlichen Zeitgenossen. Denn auch wenn er von der jungen Frau sofort begeistert ist, hat er auch im Sinn, wieder ins Gefängnis zu kommen -

denn dort geht es ihm immer noch besser, als wenn er als Arbeitsloser durch die Strassen ziehen müsste.

"Wir werden ein Zuhause haben, selbst wenn ich dafür arbeiten muss", sagt er nach der Entlassung aus dem Gefängnis zu Paulette Goddard - und fortan kämpfen beide gemeinsam um ihre Position in einer fast aussichtslosen Lage. Auch die Szene im Kaufhaus, in der der Tramp mit dem Empfehlungsschreiben des Sheriffs als Nachtwächter einen Job bekommt, verdeutlicht dies. Endlich kann man sich einmal den Bauch vollschlagen, Rollschuhfahren, das Leben, wenn auch nur eine Nacht lang, geniessen. Man lebt von einem Tag zum anderen.

Als Gegenbild zur Essmaschine zeichnet Chaplin eine Szene, in der er als Assistent eines Mechanikers wieder eingestellt wird, dieser durch die Zahnräder der Maschine getrieben wird und stecken bleibt und der Tramp ihn füttert - zwar nicht unbedingt erfolgreich, aber zutiefst solidarisch und menschlich.

Als die junge Frau - die sich mit Tanzen auf der Strasse ein paar Cent verdient - von einem Cafébesitzer als Tänzerin eingestellt wird, bekommt auch unser Tramp eine Chance, zunächst als Bedienung - das geht schief -, dann als Sänger, der, weil er die Manschette beim Tanz verliert, auf den seine Liebste den Text des Liedes geschrieben hatte, einen dem Italienischen ähnlichen Text erfindet, ein Kauderwelsch, mit dem der Tramp zum ersten Mal Erfolg hat. Und in diesem Moment, in der die Chance für beide, sich auf eigene Füße zu stellen,

so gross erscheint, will die Polizei die junge Frau, die als Landstreicherin gesucht wird, verhaften.

Der Tramp wird wieder zum Tramp - und die Schlusszene zeigt beide (im Unterschied zu anderen Chaplin-Filmen, in denen der Tramp allein wieder loszieht), wie sie die Landstrasse entlang gehen.

Gerade in diesen Szenen des Traums vom Glück, des Immerwieder-auf-die-Beine-Kommens, des Nicht-Aufgebens entpuppt sich Chaplin in seinen Filmen als jemand, der von einer tiefen, ja man könnte sagen "abgrundtiefen" Menschlichkeit geprägt ist - nicht etwa von jener Sorte Gutmenschentums, das die Postmoderne oftmals prägt, nein. Bei Chaplin verbindet sich Solidarität gegenüber anderen (hier der jungen Frau) mit dem individuellen Widerstand gegen etwas Entfremdetes, Millionen Menschen Oktroiertes - und mit einer fast schon als natürlich erscheinenden Respektlosigkeit vor dem spezifischen privaten Eigentum, das den Kapitalismus prägt (besonders deutlich zu sehen in der Kaufhausepisode), aber auch mit einer zwar nicht frontalen Kritik, aber dennoch distanzierten Sicht auf den Kollektivismus (er gerät nur zufällig in eine kommunistische Demonstration).

Dass für Chaplin einzig die Kunst, der Film, das Kino die spezifische Rebellion gegen die Entfremdung und das Elend seiner Zeit darstellen, wird nicht nur in "Moderne Zeiten" sichtbar. Auch Kirche und Polizei bekommen klar zu spüren, was Chaplin von ihnen hält (etwa in der Szene, als

er der Frau des Kaplans im Büro des Sheriffs gegenüber sitzt).

Dass "Moderne Zeiten" zu jenen wenigen Filmen gehört, die alle Zeiten zu überdauern scheinen, liegt an seiner Grundaussage, die bis heute als aktuell gelten kann, wenn auch unter veränderten Umständen modifiziert werden müsste. Es sind jene Prozesse der Sozialdisziplinierung in der Moderne, die der Historiker Gerhard Oestreich vor etlichen Jahren beschrieben hat, die seit Beginn des Kapitalismus wirken und in modifizierter Form noch immer wirken, die den Grundton von "Moderne Zeiten" angeben. "Moderne Zeiten" ist daher im wahrsten Sinn des Wortes ein moderner und anti-modernistischer Film zugleich.

Und der letzte grosse Stummfilm, der gedreht wurde. Chaplins jahrelange Abneigung gegen den Tonfilm hinderte ihn allerdings nicht darin, selbst in diesem Film gezielt Ton an einigen Stellen einzusetzen - etwa in der Szene mit der Frau des Kaplans, als man während des Teetrinkens die Geräusche des Magens zu hören bekommt. Oder in der Caféhausepisode, als Chaplin singt - damals eine faustdicke Überraschung. Prägend für den Film ist auch die eindruckliche Verzahnung von Tragik und Komik, vor allem wenn es Chaplin gelingt, die extreme Traurigkeit der Geschichte in Komik aufzulösen, ohne dass die Tragik dabei verloren ginge. Und last but not least prägt Chaplins Spiel selbst ein guter Schuss Selbstironie, etwa bezüglich der zuweilen zu Tage tretenden Unbeholfenheit des Tramps. Chaplins Tramp ist ein Held, aber kein postmoder-

ner Held ohne Fehl und Tadel (und ohne wirkliches Leben), sondern ein Held des Alltags - mit allen Schwächen und Fehlern.

Man könnte sagen: "Moderne Zeiten" ist für das fordistische Zeitalter, was Kubricks "2001: A Space Odyssey" für die Postmoderne ist. So unterschiedlich beide Filme in ihrer Konzeption, ihrer Inszenierung, ihrer Darstellung auch sein mögen, so ähnlich sind sie doch in ihrer tiefgehenden und prinzipiellen zivilisationskritischen Grundaussage. Dass "Try it again", das am Schluss von Kubricks Meisterwerk durchscheint, stellt sich bei Chaplin dar als unverbrüchlicher Optimismus des Tramps, der zum Fabrikarbeiter wurde, und wieder zum Tramp werden musste, dem nur die Kunst, das Varieté, das Spielerische bleiben, um zu leben und zu überleben. Try it again. Das Verlorensein, der Verlust, das Defizit bekommen den Tramp nicht klein.

Ursprünglich hatte Chaplin ein anderes Ende des Films im Auge. Die junge Frau sollte als Nonne im Kloster "enden", der Tramp allein wieder fortziehen. Diese Szene wurde auch gedreht - doch zum Glück entschied sich Chaplin für das Ende zu zweit: Zwei Tramps ziehen, mit allem Mut, den sie haben, die Landstrasse entlang. Und vielleicht ist es auch der Liebe Chaplins zu Paulette Goddard (die er, im Alter von 43 Jahren, mit 20 kennen und lieben lernte und mit der er zehn Jahre zusammenlebte) zu verdanken, dass er diesen Schluss wählte - der übrigens weder kitschig, noch romantizistisch daher kommt.

Moderne Zeiten

USA 1936 - 87 min.

Regie:

Charlie Chaplin

Drehbuch:

Charlie Chaplin

Darsteller:

Charlie Chaplin,
Paulette Goddard,

Tiny Sandford

Produktion:

Charlie Chaplin

Musik:

Charlie Chaplin

Kamera:

Roland Totheroh,

Ira Morgan

Schnitt:

Charlie Chaplin

Erstveröffentlicht bei:

https://www.xn--untergrund-blittle-2qb.ch/kultur/film/moderne_zeiten_modern_times_charlie_chaplin_5468.html

Der Text steht unter der Lizenz
Creative Commons 4.0

<http://creativecommons.org/licenses/by/4.0/>

*

Quelle:

Internationale Presseagentur

Pressenza - Büro Berlin

Reto Thumiger

E-Mail:

redaktion.berlin@pressenza.com

Internet: www.pressenza.com/de

<http://www.schattenblick.de/infopool/medien/fakten/mfaf0039.html>



pressenza
INTERNATIONAL PRESS AGENCY

KINDERBLICK / GESCHICHTEN

Kalendergeschichten

Der kleine Elefant - ein Geheimnis ...

(SB) - Die gefährliche Begegnung mit dem Löwen am Wasserloch saß dem kleinen Elefanten noch in den Knochen. Noch nie zuvor in seinem Leben hatte er so viel Angst, noch nie zuvor fühlte er sich so hilflos und er wusste nicht einmal wie er das Elefanten-Baby Nico vor dem Löwen-Angriff hätte schützen können. Glücklicherweise rettete die Elefantenherde die beiden kleinen Elefanten aus ihrer Notlage.

Nico verkroch sich unter seiner Mutter und weinte, was aber niemand sehen sollte. Sanft tastete Mama Maja mit dem Rüssel nach ihrem Sohn, der sich in ihrer Nähe und durch ihre Berührungen langsam wieder beruhigte. Roland saß immer noch etwas abseits und beobachtete verlegen Mutter und Sohn. Trotz all der gerade überstandenen Aufregungen und der Todesangst wurde ihm bei diesem Anblick ganz warm ums Herz. Er wünschte sich das erste Mal in seinem Leben, doch auch zu einer richtigen Elefantenfamilie zu gehören.

Der große Elefantenbulle, der sich freundlicherweise zu ihm gesellt hatte, ermunterte ihn, wieder aufzustehen und nicht traurig zu sein: "Ronny, du bist zwar klein, aber erwachsen, also nimm dich zusammen und lerne aus diesem unglückseligen Abenteuer!", brummte er.

"Aber ich hätte aufpassen sollen, Nico ist noch ein Baby und ich hätte ...", seufzte der kleine Elefant.

"Klar, aber du bist fremd hier und kennst die Gefahren nicht, die hier überall lauern. Wir hätten alle achtsamer und aufmerksamer sein müssen, statt dessen amüsierten wir uns über eure Tollerei am Wasserloch", gestand der Elefantenbulle.

Roland erhob und reckte sich, blickte zu dem großen Elefanten auf und beschloss, sich zusammenzureißen, so fasste er neuen Mut. Just in dem Moment trabte Nico auf ihn zu und schien schon wieder guter Dinge zu sein.

"Hey, Ronny", flüsterte Nico ziemlich laut, "das war aber ganz schön gefährlich! Mama meint, ich solle nicht verzagen und in Zukunft achtsamer sein. Ja, das hat sie gesagt und dann auch noch, dass wir Elefanten uns nicht wirklich vor jemanden fürchten müssen, wenn wir erst mal richtig groß sind. Wir haben nur einen Feind und das ist der Mensch!" Nico war ganz aufgeregt, weil er nun von einer weiteren, wohl viel gefährlicheren Bedrohung gehört hatte, die noch grausamer und schrecklicher ist als jene, die von einem Löwen ausgeht. "Ich habe beschlossen, möglichst schnell sehr, sehr groß zu werden", sann Nico nach, "Ronny, hast du selbst

auch schon Menschen gesehen? Gibt es dort, in dem Land in dem du bisher gelebt hast, etwa welche?"

Roland war sprachlos, erinnerte er sich doch seit langem einmal wieder an die Gräfin und Johann. Seine Erlebnisse hatten ihn so gefangen genommen, dass er überhaupt nicht mehr an die beiden gedacht hatte. "Wo mögen sie wohl jetzt sein?", überlegte er und sorgte sich gleichwohl, ob er sie überhaupt je wiedersehen würde. Und jetzt erzählte ihm Nico, dass Menschen die schlimmsten Feinde der Elefanten sein sollten? Wie passte das zusammen? Die Gräfin und Johann waren immer gut zu ihm und auch zu all den anderen Tieren, die es noch in seiner Heimat gab. Wie konnten sie böse Feinde sein?

Derweil wurde Nico ungeduldig: "Hallo, Ronny, träumst du? Ich glaube nicht, dass es dort, wo du herkommst, Menschen geben kann. Wie sollten denn sie in einem Steinland leben können, wo es nichts zu essen gibt." Damit war für den kleinen Nico die Sache erledigt und er plapperte munter weiter: "Weißt du, Ronny, was das Tollste ist, ich weiß zu wem wir gehen müssen, ich weiß wen wir fragen müssen ..."

"Fragen, wonach denn fragen? Wohin gehen? Was meinst du Nico, ich verstehe dich nicht", bekümmert hob der kleine Elefant seinen Kopf. "Na, ja, nach der Pflanze suchen, nach dem Gras, von dem man riesig groß wird, wenn man nur genügend davon isst."

"Oh, ich wusste doch gar nicht, dass es so etwas gibt", staunte

Ronny.

"Hmm, komm mal mit!", forderte Nico und stratzte ohne weitere Erklärung in Richtung Mama Maja. Roland folgte ihm.

"Mama, kannst du Ronny erklären, was es mit der Pflanze auf sich hat, die, von der man so riesengroß wird?"

Mama Maja hatte sich gerade ein Bündel Blätter ins Maul geschoben und kaute noch, deshalb nickte sie nur und zermalmte weiter das Blattwerk, bis sie es hinunterschlucken konnte.

"Wieso wollt ihr darüber etwas wissen. Wie kommt ihr dazu, nach dem uralten Elefanten-Geheimnis zu fragen?", wunderte sie sich doch sehr, "Nico, hast du etwa wieder die alten Elefanten belauscht und Dinge gehört, die dich noch gar nichts angehen?" Dabei schaute sie sehr erbost drein und Nico machte ein zerknirschtes Gesicht, er gab es jedoch lieber gleich zu, versuchte aber zu erklären: "Ich dachte, ich wollte, ich bin, ... Mama, ich wollte ganz, ganz schnell groß werden, damit mir niemand mehr gefährlich werden kann!", stammelte Nico.

Mama Maja war gerührt, aber sie musste dennoch das Geheimnis der Elefanten bewahren und konnte es nicht zulassen, dass ihr kleiner Sohn es munter drauflos ausplapperte.

"Also, hört gut zu. Das ist eine sehr schwer zu findende Pflanze und es gilt seit Ewigkeiten unter den Elefanten die Absprache, dass sie nur in besonderen Notfällen gegessen werden darf. Man muss sie sehr lange kauen, bis ge-

nügend Saft herausquillt, den schluckt man, nicht aber die zerkaute Halme, die muss man unbedingt wieder ausspucken."

"Was ist denn ein Notfall?", wollte Roland gern wissen, denn insgeheim sah er sich selbst auch schon die Pflanzenhalme kauen, in der Hoffnung dann ebenso groß zu werden, wie der Elefantenbulle.

"Nun, wenn die Mutter eines Elefantenbabys getötet wurde und keine seiner Tanten mehr Milch hat, die es trinken könnte, dann kaut eine Elefantenkuh diese Pflanze und flößt dem Kleinen den Saft ein. Es dauert dann nicht lange und das Baby wächst und gedeiht und niemand braucht sich mehr um sein Überleben zu sorgen. Das wäre so ein glücklicherweise seltener Notfall."

Roland konnte sich die Frage nicht verkneifen: "Könnte ich auch als ein Notfall gelten. Vielleicht würde ich so groß werden wie die anderen?"

"Hmm, also, hmmm", Mama Maja musste nachdenken, denn so eine Art Notfall war in der gesamten Geschichte der Elefanten noch nicht vorgekommen, "da muss ich mich erst einmal mit den anderen beraten, Ronny, denn so jemandem wie dir sind wir noch nie zuvor begegnet."

"Und was ist mit mir, Mama, was ist mit mir, ich will auch ganz schnell wachsen?!"

"Nein, Nico, du bist ganz bestimmt kein Notfall, du bist gesund und kräftig, allenfalls bist du schrecklich ungeduldig - aber das ist kein Notfall, das ist ganz nor-



Juni 2019

| | | | | | |
|----|---|----|----|----|----|
| Mo | 3 | 10 | 17 | 24 | |
| Di | 4 | 11 | 18 | 25 | |
| Mi | 5 | 12 | 19 | 26 | |
| Do | 6 | 13 | 20 | 27 | |
| Fr | 7 | 14 | 21 | 28 | |
| Sa | 1 | 8 | 15 | 22 | 29 |
| So | 2 | 9 | 16 | 23 | 30 |

Zeichnung: © 2019 by Schattenblick

mal", versicherte Mama Maja ihrem Sohn sehr eindringlich und machte deutlich, dass es keinen Sinn hatte, weiter zu betteln. Was aber Roland, den kleinen Elefanten betraf, war sie sich nicht sicher, ob es vielleicht doch eine Möglichkeit gäbe, ihm zu helfen.

Roland träumte derweil schon davon als ganz gewöhnlicher Elefant in einer richtigen Elefantenfamilie zu leben. Abermals schwanden seine Erinnerungen an die Gräfin und Johann, die sich allerdings sehr um ihn sorgten und mittlerweile sogar einige Dorfbewohner gebeten hatten, sie bei der Suche nach ihm zu unterstützen.

Fortsetzung folgt ...

<http://www.schattenblick.de/infopool/kind/geschi/kgkg0102.html>

Inhalt Ausgabe 2940 / Dienstag, den 4. Juni 2019

- 1 KUNST - REPORT: Bauhausarchitektur - der Blick des Volkes ...
- 5 POLITIK - REDAKTION: Libyen - die Kriegsparteien bleiben uneinsichtig ...
- 7 POLITIK - KOMMENTAR: Abschiebegesetz - menschenfeindlich ...
- 9 SCHACH-SPHINX: Noch ruht alles in Harmonie
- 10 POLITIK - KOMMENTAR:
 - Luftraum - imperiale Okkupation allgemein verfügbarer Ressourcen ...
- 12 POLITIK - MEINUNGEN: USA - Blutplasmakonserven und Armut ...
- 13 POLITIK - MEINUNGEN: Die Hintergründe der "Ereignisse" auf dem Tiananmen-Platz in Peking 1989 (Gerhard Feldbauer)
- 15 RECHT - FAKTEN: Kolumbien - Gerichtsurteile stützen die Umsetzung des Friedensvertrages (poonal)
- 17 REPRESSION - FAKTEN: Kolumbien - Paramilitärs drohen in Flugblättern mit "sozialer Säuberung" in Ciudad Bolívar (poonal)
- 18 NATURWISSENSCHAFTEN - CHEMIE: Treibhausgas - Verrechnungsgrundlage ...
- 23 UMWELT - KLIMA: Tausende demonstrieren für den Klimaschutz in Wien (Pressenza)
- 24 UMWELT - KLIMA: Parents for Future zum Klimakabinett - Der große Wurf bleibt aus (Pressenza)
- 25 UMWELT - SOZIALES: Brasilien - Die psychischen Auswirkungen von Staudammprojekten (poonal)
- 26 MEDIEN - FAKTEN: Chaplins "Moderne Zeiten" - ein noch immer moderner Film (Pressenza)
- 29 KINDERBLICK - GESCHICHTEN: Kalendergeschichte - Der kleine Elefant - ein Geheimnis ...
- 32 DIENSTE - WETTER: Und morgen, den 04. Juni 2019

SCHACH UND SPIELE / SCHACH / SCHACH-SPHINX

Auflösung des letzten Sphinx-Rätsels:

Zwar ließ sich kein fehlerhafter schwarzer Zug nachweisen, wohl aber eine weiße Gewinnfolge: 1.Ta1xa2! Le6xa2 2.c3-c4! - und plötzlich geriet der schwarze König ins Fadenkreuz, zunächst drohte schlicht und einfach Familienschach auf d5 - 2...Db6-a7 3.Sf6-e4 Ke7-f8 4.0-0 La2xc4 5.Le2xc4 Tc8xc4 6.Df3-f6! Th8-g8 7.Df6-h6+ und Schwarz gab auf, da er nach der erzwungenen Folge 7...Tg8-g7 8.Dh6xd6+ Da7-e7 9.Dd6-b8+ De7-e8 10.Db8xe8+ Kf8xe8 11.Se4xd6+ einen Turm einbüßt.

<http://www.schattenblick.de/infopool/schach/schach/sph06946.html>

DIENSTE / WETTER / AUSSICHTEN

Und morgen, den 4. Juni 2019

+++ Vorhersage für den 04.06.2019 bis zum 05.06.2019 +++



Blau, rote, weiße, gelbe
Blüten auf den weiten Wiesen,
Regenschauer an der Elbe
und für Jean die Menschenriesen.

IMPRESSUM

Elektronische Zeitung Schattenblick

Diensteanbieter: MA-Verlag Helmut Barthel, e.K.

Verantwortlicher Ansprechpartner: Helmut Barthel, Dorfstraße 41, 25795 Stelle-Wittenwuth

Elektronische Postadresse: ma-verlag@gmx.de

Telefonnummer: 04837/90 26 98

Registergericht: Amtsgericht Pinneberg / HRA 1221 ME

Journalistisch-redaktionelle Verantwortung (V.i.S.d.P.): Helmut Barthel, Dorfstraße 41, 25795 Stelle-Wittenwuth

Inhaltlich Verantwortlicher gemäß § 10 Absatz 3 MDSStV: Helmut Barthel, Dorfstraße 41, 25795 Stelle-Wittenwuth

ISSN 2190-6963

Urheberschutz und Nutzung: Der Urheber räumt Ihnen ganz konkret das Nutzungsrecht ein, sich eine private Kopie für persönliche Zwecke anzufertigen. Nicht berechtigt sind Sie dagegen, die Materialien zu verändern und / oder weiter zu geben oder gar selbst zu veröffentlichen. Nachdruck und Wiedergabe, auch auszugsweise, nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Verlages. Wenn nicht ausdrücklich anders vermerkt, liegen die Urheberrechte für Bild und Text bei: Helmut Barthel

Haftung: Die Inhalte dieses Newsletters wurden sorgfältig geprüft und nach bestem Wissen erstellt. Bei der Wiedergabe und Verarbeitung der publizierten Informationen können jedoch Fehler nie mit hundertprozentiger Sicherheit ausgeschlossen werden.